



Bayern,
aber gerechter.

Bayern, aber gerechter

Regierungsprogramm der BayernSPD 2008 – 2013

Beschlossen vom Landesparteitag der BayernSPD
am 5. Juli 2008 in Weiden

Bayern, aber gerechter

Regierungsprogramm der BayernSPD 2008 – 2013

Inhalt

0. **Präambel -** **Seite 4**
Der Wechsel in Bayern ist nötig – und möglich
1. **Soziale Gerechtigkeit als Maßstab – Würde als Auftrag** **Seite 5**
Soziale Gerechtigkeit - Gute Arbeit: Mindestlohn, Leiharbeit, Weiterbildung - Den Wohlstand in Bayern gerecht verteilen - Teilhabe von älteren Menschen – Gesundheitspolitik – Mindestlohn und Tariftreue – Integration
2. **Finanz- und Wirtschaftspolitik für Bayern** **Seite 9**
Metropolregionen – Ländlicher Raum/Regionalpolitik - Kommunale Daseinsvorsorge: keine weiteren Privatisierungen - Technologie- und Innovationsförderung, neue Unternehmen, Handwerk und Mittelstand – Verkehr – Kommunale Nachfrage- und Beschäftigungspolitik – Haushalt: Konsolidieren und in die Zukunft investieren
3. **Umwelt und Energie – Ökologische Modernisierung** **Seite 13**
Umwelt- und Klimaschutz - Jobmotor Erneuerbare Energien, nachwachsende Rohstoffe – AKW abschalten - Ausbau des Nahverkehrs statt Transrapid
4. **Eine starke Zukunft für den ländlichen Raum - Bäuerliche Landwirtschaft stärken** **Seite 16**
Bäuerliche Landwirtschaft – Dörfer - Bayern Gentechnik frei – Naturschutz - Verbraucherschutz – Gesunde Lebensmittel – Reine Luft und reines Wasser
5. **Bildung – Der Schlüssel ins 21. Jahrhundert** **Seite 20**
Chancengleichheit – Bessere Bildung für alle - Kostenfreie Bildung - Alternativen bei der Schulwahl: Ganztagschule, Gemeinschaftsschule - Im Zentrum der Elternwille – Länger gemeinsam – Keiner ohne Abschluss – Lehrerbildung und –bezahlung – Berufsbildung – Hochschulpolitik - Bildungsmilliarde
6. **Die Zeit ist reif für Gleichstellung – Frauen verdienen mehr** **Seite 28**
Erwerbstätigkeit von Frauen: gleicher Lohn für gleiche Arbeit, gleiche Karrierechancen – Familie und Beruf - Gleichheit und Integration

- 7. Bayern ist vielfältig und bunt** **Seite 30**
Gleichgeschlechtliche Lebenspartnerschaften – Gleichbehandlungsgesetz umsetzen – Keine Abschiebung in Folterländer
- 8. Familie – Von der Geburt bis ins hohe Alter** **Seite 32**
Familien, Kinderbetreuung – Vereinbarkeit von Kindern und Beruf – Bündnisse für Familien – Finanzielle Entlastung – Pflege und Betreuung – Aktives Alter
- 9. Alter(n) hat Zukunft – Den demografischen Wandel aktiv und solidarisch gestalten** **Seite 37**
Gesund alt werden – Pflege ausbauen – Arbeitsplätze für Ältere – Wohnen im Alter – Rente – Jung und Alt gemeinsam
- 10. Staat und Bürgerrechte** **Seite 40**
Mitmach-Demokratie – Bürgerliche Freiheiten - Bürgerschaftliches Engagement – Öffentlicher Dienst - Dienstleister Verwaltung – Kultur und Medien – Innere Sicherheit – Datenschutz – Bezirke - Bayern im Bund

Präambel

Der Wechsel in Bayern ist nötig – und möglich

Nach 50 Jahren Alleinregierung braucht dieses schöne Land eine neue Perspektive. Bayern braucht Optimismus und Zuversicht. Bayern braucht Aufbruch und neue Ideen. Bayern braucht politischen Anstand und mehr soziale Gerechtigkeit. Bayern braucht mehr Fairness, auch gegenüber den arbeitenden Menschen und den sozial Schwächeren im Land. Dafür kämpft die BayernSPD. Mit diesem Ziel müssen sich die politischen Gewichte in Bayern verschieben.

Bayern ist ein reiches, ein erfolgreiches und ein liebenswertes Land, aber für seine Bürgerinnen und Bürger muss es gerechter zugehen. Es muss in Bayern gelingen, die politischen Verhältnisse zu verändern.

Die Sozialdemokratie ist die traditionsreichste Volkspartei und nach wie vor die treibende politische Kraft in Bayern. Sie hat unseren Freistaat 1918 begründet und 1933 gegen seine Feinde verteidigt, sie hat die gültige Bayerische Verfassung maßgeblich formuliert und die Verfassungswirklichkeit mit ihren Grundwerten Demokratie, Freiheit und soziale Gerechtigkeit geprägt, sie hat heute längst selbstverständliche gesellschaftliche Errungenschaften gegen konservative Kreise durchgesetzt, sie hat grundlegende Ideen geliefert und parlamentarische Anstöße gegeben, sie hat seit Jahrzehnten durch ihre Arbeit auf kommunaler und Landesebene an der erfolgreichen Entwicklung Bayerns einen entscheidenden Anteil.

Dieses Land gehört nicht der CSU. Es gehört seinen Bürgerinnen und Bürgern.

Ja zu Bayern, aber gerechter! Das ist unsere Botschaft an die Menschen in Bayern. Alle sollen mitgenommen werden, alle sollen einen Anteil haben an der allgemeinen Wohlstandsentwicklung. Wir wollen nicht nur Arbeitsplätze und Vollbeschäftigung realisieren, sondern Gute Arbeit für die Menschen organisieren.

Wir wollen die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer wieder in das Zentrum unserer politischen Arbeit rücken, die Mitbestimmungsrechte wahren und die sozialen Schutzrechte für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ausbauen. Wir wollen sie stärker beteiligen – am Produktiv-Vermögen und an den Unternehmensgewinnen. Wir wollen dafür sorgen, dass es in Bayern ein Tariftreuegesetz gibt, damit öffentliche Aufträge nur an Betriebe vergeben werden, die sich an geltende Tarifverträge halten.

Vertrauen und Ehrlichkeit, Offenheit, Kompetenz und Tatkraft. Das zeichnet die BayernSPD aus, das fehlt den anderen. Da nützen auch die vielen Millionen nichts, die sie in ihren Hochglanzwahlkampf stecken.

Wir kämpfen für dieses Land. Wir kämpfen für ein schönes, für ein leistungsstarkes und für ein gerechtes Bayern im Herzen Europas!

1. Soziale Gerechtigkeit als Maßstab – Würde als Auftrag

Soziale Gerechtigkeit ist *das* zentrale politische Thema der Gegenwart. Die Idee der Gerechtigkeit beruht auf der gleichen Würde aller Menschen. Zu Recht erklärt das Hamburger Grundsatzprogramm der SPD: Die gleiche Würde aller Menschen ist Ausgangspunkt und Ziel unserer Politik.

Wir stehen für einen umfassenden Sozialstaatsbegriff. Sozialstaat bedeutet nicht nur finanzielle Transferleistungen zur Existenzsicherung, sondern die Teilhabe aller Menschen am gesellschaftlichen und kulturellen Leben zu ermöglichen.

Bayern braucht nicht nur einen dauerhaft leistungsfähigen Sozialstaat, der gegen existenzielle Risiken wie Krankheit, Pflegebedürftigkeit oder Arbeitslosigkeit absichert und ausreichend Vorsorge für das Alter garantiert. Ein der Menschenwürde verpflichteter sozialer Staat verlangt mehr. Notwendige Bedingung für ein selbst verantwortetes Leben ist eine Gesellschaft, die Menschen in gleicher Weise einschließt und nicht ausgrenzt. Solidarität ist die Grundbedingung für den Sozialstaat, Freiheit seine Folge.

Für die BayernSPD hat gesellschaftliche Solidarität höchste Priorität. Sie gilt für alle Menschen, unabhängig von Geschlecht, Herkunft, Alter oder sozialem Status. Sie bestimmt unser Regierungshandeln. Wir bekennen uns zum Anspruch jedes Einzelnen auf gleichberechtigte Teilhabe, den der soziale Rechtsstaat verbürgt.

Sozial ist, was *gute* Arbeit schafft

Der Arbeitsmarkt hat sich in den vergangenen Jahren stark verändert. Angemessen entlohnte und sozialversicherte Regelarbeitsverhältnisse nehmen ab. Viele Menschen arbeiten in einem oder mehreren Minijobs, in befristeten Arbeitsverhältnissen, in schlecht oder gar nicht bezahlten Praktika. Eine immer größer werdende Zahl von Beschäftigten verdient so wenig, dass sie trotz Vollzeitarbeit auf zusätzliche Unterstützung angewiesen sind. Frauen sind von dieser Entwicklung überdurchschnittlich betroffen. Das darf sich so nicht fortsetzen. Wir wollen sichere, reguläre und sozialversicherungspflichtige Beschäftigung.

Gerade in den letzten Jahren ist die Zahl der Zeitarbeitsverhältnisse stark angestiegen. Immer öfter gerät die Zeitarbeit zur dauerhaften Leiharbeit. Immer mehr reguläre Arbeitsplätze werden durch Beschäftigung von Leiharbeitskräften ersetzt. Die sinnvolle Heranziehung von Zeitarbeit zur Abfederung echter Produktions- und Nachfragespitzen gerät zum Vorwand, um gerade in Großbetrieben eine zweite Tarifstruktur zu etablieren. Die BayernSPD will diese volkswirtschaftlich unsinnige Form von Leiharbeit zurückdrängen. Wir bekämpfen den Missbrauch dieses Instruments zur Tariffucht und zur Umgehung von Kündigungsschutz und Mitbestimmung. Gleichzeitig brauchen wir Regelungen zur Verbesserung der sozialen Situation von Zeitarbeitskräften und eine Stärkung der Rechte der Betriebsräte in den Entsendebetrieben. Für die Zeitarbeit muss zwingend gelten „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“.

Viele Arbeitnehmer sehen sich zunehmenden Schwierigkeiten ausgesetzt, den immer neuen Qualifikationsanforderungen der modernen Arbeitswelt gerecht zu werden. Die BayernSPD setzt sich deshalb nicht nur ein für eine zeitgemäße Weiterbildung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Wir treten in diesem Zusammenhang auch der teilweise systematisch betriebenen Praxis entgegen, Lohnabsenkungen auf breiter Front über eine Absenkung des Qualifikationsniveaus für die jeweilige Beschäftigung durchzusetzen.

Wir wollen eine stärkere Beteiligung der Arbeitnehmerschaft am Produktivvermögen, um dem weiteren Auseinanderdriften von Arbeitseinkommen und Vermögenseinkommen entgegen zu wirken. Ziel der Mitarbeiterbeteiligung ist einerseits die verbesserte Absicherung und Risikominimierung für den Mitarbeiter bei Unternehmensinsolvenzen und andererseits die Stärkung der Eigenkapitalbasis für kleine und mittlere Unternehmen.

Bei guter Arbeit muss der Freistaat mit gutem Beispiel voran gehen. Daher müssen im staatlichen Bereich Niedriglöhne beseitigt werden. Befristete Beschäftigungsverhältnisse dürfen im öffentlichen Dienst nur die Ausnahme sein. Die Auslagerung von

Arbeitsplätzen in nicht an den TVL/TVÖD gebundene Unternehmen muss gestoppt, schon ausgelagerte Arbeitsplätze sollen in den öffentlichen Dienst zurück geholt werden. Die Umwidmung regulärer Stellen in solche für (formal freiberuflich tätige) Honorarkräfte ist ebenso rückgängig zu machen. Die Arbeitszeitverlängerungen im öffentlichen Dienst müssen zurückgenommen werden. Die Mitbestimmungsrechte der Personalräte sollen ausgebaut und an das BetrVG angepasst werden. Wir streben die Rückkehr der Tarifgemeinschaft der Länder in die öffentliche Tarifgemeinschaft an.

Für die BayernSPD gilt: Sozial ist nur, was *gute* Arbeit schafft.

Mehr Beschäftigung durch kürzere Arbeitszeiten

Wir müssen die steigende Produktivität der Wirtschaft gezielt dazu nutzen, zusätzliche Beschäftigung durch eine gerechte Verteilung der verbleibenden Arbeit zu schaffen. Kürzere und flexiblere Arbeitszeiten sind mehr denn je ein Gebot der ökonomischen Vernunft, weil heute in immer kürzerer Zeit immer mehr produziert werden kann. Wir setzen dabei auf den Abbau von Überstunden und flexible Altersteilzeitregelungen.

Bayern muss eine Vorreiterrolle bei der Entwicklung und Einführung neuer Arbeitszeitmodelle im öffentlichen Dienst übernehmen, die sozial- und tarifrechtlich abzusichern sind. Wir werden die Arbeitszeitverlängerung im öffentlichen Dienst zurücknehmen, damit junge Nachwuchskräfte eine Beschäftigung finden können.

Mindestlohn lohnt sich für alle

Die Bayerische Staatsregierung und die CSU bis hin zum Bundeswirtschaftsminister stehen an der Spitze des Widerstandes gegen flächendeckende Mindestlöhne. Sie stellen sich damit in direkten Gegensatz zu den Interessen der Beschäftigten in den Betrieben. Und sie handeln zum Schaden der Volkswirtschaft und der Gesellschaft insgesamt. Wer Mindestlöhne ablehnt, verstößt gegen die bayerische Verfassung und unterstützt Billigkonkurrenz. Damit macht sich der Staat zum Handlanger derjenigen Arbeitgeber, die ihre Geschäftsmodelle auf nicht auskömmliche Löhne gründen. Sie verlassen sich dabei auf ergänzende Subventionierung durch die öffentliche Hand, also die Steuerzahler und die Entrichter der Beiträge zu den Sozialversicherungen.

Mindestlöhne sind auch ein Gebot der wirtschaftlichen Vernunft. Für uns Sozialdemokraten gilt: Wer Vollzeit arbeitet, muss von seiner Arbeit auch angemessen leben können. Mindestlöhne sind ein Element zur Stärkung der Binnennachfrage und zur Aufstockung künftiger Rentenanwartschaften. Neben der Durchsetzung von Mindestlöhnen sind spürbare Lohn- und Gehaltssteigerungen unser Ziel, damit die Arbeitnehmer ihren gerechten Anteil an den Früchten des wirtschaftlichen Aufschwungs erhalten und die Binnenkonjunktur gestützt wird.

Unter sozialdemokratischer Verantwortung wird das Land Bayern neue Initiativen und Maßnahmen ergreifen, um die Mindeststandards guter Arbeit zu sichern. Solange es keine befriedigende bundesweite Regelung gibt, gehört dazu insbesondere eine auf Art. 169 Abs. 1 der bayerischen Verfassung gestützte landesgesetzliche Mindestlohnregelung, wie sie das Volksbegehren des DGB Bayern vorsieht.

Mit einem Tariftreuegesetz werden wir dafür sorgen, dass öffentliche Aufträge nur an Betriebe vergeben werden, die sich an die geltenden Tarifverträge halten.

Soziale Gerechtigkeit statt Zwei-Klassen-Gesellschaft

Längst nimmt die CSU eine Zwei-Klassen-Gesellschaft in Bayern ohne weiteres hin, ja fördert diese sogar. Das gegliederte Schulwesen zementiert unterschiedliche Bildungs- und damit Lebenschancen. Beim Arzt und im Krankenhaus ist die Zwei-Klassen-Medizin Realität, und für den Bereich der Pflegeversicherung hat die CSU entgegen den Festlegungen im Koalitionsvertrag die Privilegierung der privat Pflegeversicherten quasi zum Naturgesetz erklärt.

Die CSU formuliert kaltschnäuzig die Absage an einen Grundsatz gesellschaftlicher Solidarität. Mit der Aufkündigung der Idee der Solidarität wird aber auch der Anspruch jedes

einzelnen auf gleichberechtigte Teilhabe, für den der soziale Rechtsstaat steht, in Frage gestellt. Die CSU will den Sozialstaat herkömmlicher Prägung überwinden. An die Stelle einer sozial-staatlichen Verbindlichkeit der öffentlichen Fürsorge soll wieder private und karitative Mildtätigkeit treten.

Die bayerische Sozialdemokratie wird die Errungenschaft eines an der Würde des Menschen orientierten Sozialstaats verteidigen und zukunftssicher machen. Der soziale Rechtsstaat ist gekennzeichnet durch klar definierte staatliche Unterstützungspflichten. Dem entspricht das Recht des Einzelnen auf Hilfe in bestimmten Lebenslagen. Die BayernSPD wird sicherstellen, dass die Grundsätze der Sozialstaatlichkeit in Bayern erhalten und ihre finanziellen Grundlagen gesichert bleiben.

Bürgerversicherung statt Gesundheitsfonds

Die BayernSPD spricht sich gegen die Einführung des Gesundheitsfonds in der gesetzlichen Krankenversicherung in der jetzt geplanten Form zum 1. Januar 2009 aus.

Die BayernSPD tritt dafür ein, durch die Einführung einer paritätisch finanzierten Bürgerversicherung die ausreichende medizinische Versorgung der Bevölkerung in Bayern sicherzustellen. Deshalb sind wir gegen den Gesundheitsfonds.

Pflege

Familien sind oft auch für die Unterstützung pflegebedürftiger Familienmitglieder zuständig.

Die Freistellung zur Pflege soll vorbildhaft im öffentlichen Dienst ermöglicht werden. Ein Pflegezeitgesetz (analog zur Regelung in Österreich) soll für alle die Möglichkeit eröffnen, pflegebedürftige Familienangehörige zu pflegen.

Der Ausbau von Tages- und Begegnungsstätten für Ältere wird gefördert.

Die finanzielle Förderung von Altenheimen durch den Freistaat wird wieder eingesetzt.

Um die Qualität in der Pflege zu verbessern und Pflegerinnen und Pfleger von unnötiger Bürokratie zu entlasten, setzen wir uns für ein unbürokratischeres Landesheimrecht ein, das die Fachkraftquote garantiert und überflüssige Regelungen abschafft. Zentrale Bedeutung in der Gesundheits- und Pflegepolitik haben die Gewährleistung und Verbesserung der Qualität in der Pflege und die Aufwertung von Sozial- und Gesundheitsberufen. So muss eine Ausbildungsumlage für die Altenpflegeberufe landesweit eingeführt werden, damit die Zahl der Fachkräfte in diesem Bereich nicht weiter zurückgeht.

Gute Pflege setzt eine ausreichende Finanzausstattung voraus. Sie darf nicht vom Geldbeutel der Pflegebedürftigen bzw. ihrer Angehörigen abhängen, sondern muss durch die gesetzliche Pflegeversicherung solidarisch gewährleistet sein. Deshalb treten wir für die Bürgerversicherung auch im Pflegebereich ein.

Schluss mit dem Armutsskandal in Bayern

Bayern ist ein reiches Land. Doch auch in Bayern ist Armut in Familien, bei Kindern sowie im Alter längst Wirklichkeit. Die amtlichen Zahlen sprechen hier eine klare Sprache. Mehr als 80.000 Menschen beziehen Grundsicherung. Mehr als 100.000 sind in Bayern zum Leistungsbezug in der Grundsicherung für erwerbsfähig Hilfsbedürftige berechtigt, obwohl sie gleichzeitig in einem sozialversicherungspflichtigen oder geringfügig entlohnten Beschäftigungsverhältnis stehen. Fast 140.000 Kinder unter 15 Jahren leben in Bedarfsgemeinschaften des Sozialgesetzbuchs II.

Wir treten für eine Überprüfung und deutliche Erhöhung der Regelsätze beim Arbeitslosengeld II und dem Sozialgeld insbesondere auch für Kinder und Jugendliche ein.

Wir wollen als Ergänzung der laufenden Leistungen beim Arbeitslosengeld II, der Sozialhilfe und der Grundsicherung im Alter wieder einmalige Leistungen bei besonderen Belastungen ermöglichen, z.B. beim Schulanfang von Kindern oder dem notwendigen Ersatz von großen Haushaltsgeräten oder Möbeln.

Wir sorgen dafür, dass Gesetze im Sozialbereich immer zugunsten der Betroffenen ausgelegt werden.

Besonders beschämend ist die Armut bei Familien mit Kindern. Kinder aus armen Familien werden häufig ohne ausreichende Vorbereitung eingeschult, bleiben häufiger sitzen, erzielen schlechtere Noten am Ende der Grundschulzeit und haben bei gleicher Begabung eine vielfach geringere Chance auf den Übertritt in weiterführende Schulen als Kinder aus wohlhabenden Familien.

Die BayernSPD fordert ein Gesamtkonzept zur Prävention von (Kinder-)Armut in Bayern. Der Kampf gegen die Armut muss zu einer zentralen Aufgabe der Landespolitik werden. Damit verbunden ist nicht nur die schnellst mögliche Einführung von flächendeckenden Mindestlöhnen als Brandmauer gegen die Armut. Die BayernSPD kämpft für eine soziale Ausgestaltung des Staatshaushaltes. Für den Sozialhaushalt werden wir mehr als fünf Prozent der Gesamtausgaben des Freistaates aufwenden, um so die Sicherung und den Ausbau der Beratung – von AIDS bis Wohnungsnot – zu finanzieren.

Migration und Integration

Migration und Integration bleiben auch in den nächsten Jahren ein wichtiges gesellschaftspolitisches Thema. Deshalb wollen wir für Migrantinnen und Migranten aller Generationen ein Integrationskonzept vorlegen, das die Defizite der letzten Jahre schrittweise ausräumt. Beginnend mit der Finanzierung der Sprachförderung im vorschulischen Bereich über die Förderung der Muttersprache an den Schulen bis hin zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit von Jugendlichen mit Migrationshintergrund und zum kommunalen Wahlrecht für Migrantinnen und Migranten.

Konkrete Vorhaben als Konsequenzen:

- Wir werden auf gesellschaftliche Entwicklungen und deren Auswirkungen ohne Verzug reagieren und dazu auch den bayerischen Sozialbericht regelmäßig fort-schreiben .
- Wir werden den Ausbau der Schuldnerberatung ermöglichen.
- Wir werden als Staatsregierung bei der Beantragung der Einrichtung und Förde-rung von Pflegestützpunkten darauf achten, dass eine von den Kostenträgern unabhängige Beratung gewährleistet ist.
- Die Suchtprävention wird wieder in die Zuständigkeit der Bezirke übertragen, um ein flächendeckendes Angebot sicher zu stellen.
- Beratungsstellen und die Aufklärung über HIV/AIDS und alle anderen durch Se-xualkontakte übertragbaren Krankheiten werden wir fördern.
- Die Jugendfreizeitstätten werden von uns als wichtige präventive Angebote ge-sehen und über Zuschüsse gefördert.
- Ein warmes Mittagessen in der Schule muss für alle Kinder bezahlbar sein.
- Wir sorgen landesweit für gleiche Rahmenbedingungen für Menschen mit Behin-derung und werden die Bezirke mit den dafür nötigen Mitteln ausstatten.

2. Wirtschafts- und Finanzpolitik für Bayern

Wir Sozialdemokraten nutzen die Wirtschafts- und Finanzpolitik, um unsere Gesellschaft menschlicher und lebenswerter zu machen. Wir setzen uns für Verteilungsgerechtigkeit ein, damit auch die weniger Leistungsstarken eine gerechte Teilhabe am Wohlstand erhalten. Starke Schultern können und müssen mehr tragen als schwache. Daran orientiert sich unsere Finanzpolitik, die neue Handlungsspielräume für eine bessere Wirtschaftspolitik schafft.

Unsere Politik fördert nachhaltiges und regionales Wirtschaften, damit Arbeits- und Ausbildungsplätze erhalten und neue geschaffen werden. Dies werden wir unter anderem dadurch erreichen, dass wir unsere Kommunen in die Lage versetzen, umfassend zu investieren. Die Städte und Gemeinden sind die Gebietskörperschaften, die das Gros der öffentlichen Investitionen tätigen.

Ländlicher Raum/Regionalpolitik

Mit einer ausreichenden finanziellen Ausstattung aller Kommunen gelingt es uns, die ländlichen Räume, ganz besonders die stark vernachlässigten strukturschwachen Gebiete Bayerns, wirtschaftlich zu entwickeln.

Die besten Möglichkeiten, mehr Beschäftigung zu schaffen, liegen im Bereich der mittelständischen Wirtschaft. Unsere Regionalpolitik fördert entwicklungsfähige Unternehmen. Sie erschließt Existenzgründern und jungen Unternehmen betriebswirtschaftliche Beratung und Informationen zur Beantragung von Fördergeldern und zur Vermittlung von Risikokapital. Dabei werden wir dafür sorgen, dass die regionalen Entwicklungsunterschiede nach und nach abgebaut werden, damit gleiche Lebenschancen in allen Landesteilen verwirklicht werden. Dies wirkt auch der Abwanderung aus den ländlichen, strukturschwachen Regionen entgegen.

Eine bewährte Form regionaler wirtschaftlicher Tätigkeit sind die Genossenschaften, bei denen sich demokratische Selbstverwaltung mit unternehmerischer Initiative, Selbsthilfe und sozialer Orientierung verbinden. Beschäftigungspolitisch von besonderer Bedeutung sind die Produktivgenossenschaften, in denen die Mitarbeiter gleichzeitig Mitunternehmer sind, und die deswegen per se weniger an maximalen Renditen als an der Sicherung von Arbeitsplätzen orientiert sind. Wir werden die Gründung von Genossenschaften erleichtern und die Rahmenbedingungen für sie verbessern.

Hochtechnologie- und Industriepolitik

Unser Bayern ist ein attraktiver Technologie- und Industriestandort – und wir sorgen dafür, dass er systematisch ausgebaut wird. Industrielle Kerne im Bereich z.B. der Chemie, der Energie-, Umwelt- und Mobilitätstechnologie sind unverzichtbar für die wirtschaftliche Entwicklung. Eine nachhaltige Entwicklung dieser Bereiche kann es nur geben, wenn sie in die Lage versetzt werden, Innovationen möglichst rasch umzusetzen. Deshalb wollen wir die Forschungsförderung für Produkt- und Verfahrensinnovationen intensivieren. Einen besonderen Schwerpunkt legen wir dabei auf die Orientierung an Ressourceneinsparung und den Klimaschutzzielen. Wir wollen die industrielle Struktur in Bayern zielgerichtet auf die knapper werdenden Ressourcen einstellen. Wir fördern technischen Fortschritt zum Wohl der Menschen und zum Schutz der Natur.

Technologie- und Innovationsförderung

Wir werden mithilfe regionaler Entwicklungs- und Innovationspläne die Nutzung alternativer Energien als wichtige Zukunftsbranchen intensiv auf allen politischen Ebenen unterstützen und deren positive Auswirkungen auf die Regionen forcieren. Damit verknüpfen wir Umweltschutz mit Beschäftigung und tragen gleichzeitig dazu bei, dass die Energieversorgung auch in Zukunft gesichert ist.

Staatliche Unterstützung muss sich vor allem an den Bedürfnissen strukturschwacher Regionen orientieren. Mit Koordinierungsstellen fördern wir die Zusammenarbeit mit der Wissenschaft. Dazu gehört wesentlich der Wissenstransfer zu den mittelständischen

Unternehmen. Wichtigstes Ziel für Fördermaßnahmen ist die Schaffung und Sicherung von qualifizierten Arbeitsplätzen. Der Erhalt und Ausbau von Ausbildungsplätzen für Facharbeitskräfte ist dabei ein wichtiges Förderkriterium.

Mittelstandsfinanzierung

Maßgeblich für die nachhaltige regionale Entwicklung sind die Finanzierungsmöglichkeiten, die den kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) zur Verfügung stehen, um die notwendigen Investitionen zu tätigen. Eine mögliche Expansion der KMU wird durch die derzeit eher restriktive Kreditvergabe der Banken gebremst.

Eine angemessene Versorgung mit Krediten wird nur zu sichern sein, wenn eine ausgewogene Bankenstruktur die Kreditversorgung besonders der kleinen und mittleren Unternehmen und Freiberufler weiterhin flächendeckend sicherstellt. Um den Mittelstand zu unterstützen, bedarf es einer gezielten eigenkapitalnahen Förderung in Form von Beteiligungsfinanzierung und Investitionszulagen. Deshalb wollen wir Kredite bis zu einer Höhe von 50.000 Euro auch ohne Beteiligung der Hausbanken über die landeseigenen Förderbanken ausreichen lassen. Programme zur Vorfinanzierung vorhandener Aufträge sollen eingerichtet werden.

Kommunale Nachfrage- und Beschäftigungspolitik

Die Investitionen der Gebietskörperschaften fördern und stabilisieren das örtliche Handwerk und die Bauwirtschaft. Sie sichern und schaffen damit Arbeits- und Ausbildungsplätze. Solche Investitionen setzen aber eine bessere Finanzausstattung der Kreise und Kommunen voraus. Wir werden daher den kommunalen Finanzausgleich verbessern und den Prozentsatz der Schlüsselzuweisungen anheben.

Durch eine abgestimmte Politik mit den Kommunen werden wir Nachfrageimpulse auslösen und mit gezielten Investitionen dem Sanierungsstau und dem schleichenden Vermögensverzehr bei öffentlichen Einrichtungen entgegenwirken. Damit vor allem kleine und mittlere Unternehmen wieder eine größere Entfaltungschance haben, werden wir Initiativen für eine Verbesserung der Infrastruktur ergreifen. Wir werden die Programme der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) wirkungsvoll mit landeseigenen Programmen verknüpfen, um die Förderwirkung zu erhöhen und damit zusätzliche Investitionsmittel nach Bayern zu ziehen.

Wir werden den Anteil von Umweltprogrammen und Förderprogrammen im Bereich Forschung und Entwicklung erhöhen.

Wir werden die Vergabe öffentlicher Aufträge neu ausrichten. Die Zielvorgaben, die sich aus Kriterien über sozial und ethisch ausgewiesenes nachhaltiges Wirtschaften mit starkem regionalem Bezug und spekulationsfreier Finanzierung ergeben, sollen von Regionalausschüssen formuliert werden. Wir werden das Vergaberecht kommunal- und mittelstandsfreundlich gestalten.

Genehmigungsverfahren für den Bau und für Erweiterungen von Betrieben müssen schneller und unbürokratischer durchgeführt werden. Unser Ziel: Ein Verfahren - ein Ansprechpartner - ein Bescheid.

Kommunale Daseinsvorsorge - keine weiteren Privatisierungen!

Die öffentliche Hand muss Daseinsvorsorge garantieren.

Die Privatisierung öffentlicher Unternehmen und Infrastrukturen liegt weder im Interesse der Allgemeinheit noch im langfristigen Interesse der Kommunen und auch nicht in dem der mittelständischen Wirtschaft. Sie wird teuer für die Allgemeinheit und schwächt die Demokratie, weil sie der öffentlichen Hand demokratische Kontrolle und unverzichtbare Gestaltungsmöglichkeiten für das Gemeinwohl entzieht. Das öffentliche Interesse gebietet daher auch, dass die Versorgungsunternehmen und -netze (Strom, Gas, Wasser, Schiene, Straße, Internet) in öffentlicher Hand bleiben und der öffentliche Einfluss für gleiche Lebensverhältnisse wieder gestärkt und nachhaltig gesichert wird.

Die Staatsregierung hat durch die Einsparungen bei den Krankenhauszuschüssen in den letzten Jahren die Privatisierung der kommunalen Krankenhäuser beschleunigt, mit dem Ergebnis, dass verschiedene medizinische Bereiche, weil nicht kostendeckend zu betreiben, nicht mehr wohnortnah angeboten werden. Für uns gehört die flächendeckende medizinische Versorgung zur öffentlichen Daseinsvorsorge. Wir werden daher die nötigen Gelder zur Aufrechterhaltung einer stationären Versorgung bereitstellen.

Um alten Menschen den Verbleib in der gewohnten Umgebung zu ermöglichen, werden wir den flächendeckenden Bau unterschiedlicher barrierefreier Angebote von generationsübergreifenden Wohnprojekten über Seniorenwohngemeinschaften bis zu Pflegeheimen unterstützen.

Auch ein ausreichendes Angebot an Wohnraum zu bezahlbaren Mieten gehört für uns zu den öffentlichen Aufgaben. Wir werden daher auch hier ein neues Förderprogramm auflegen, und dabei besonders die Schaffung barrierefreien Wohnraumes unterstützen

Verkehr

Die Emissionen der Treibhausgase in den Bereichen Strom und Wärme sinken. Im dritten Energiesektor – dem Verkehrsbereich, der wie die beiden anderen Bereiche etwa ein Drittel des Energieverbrauchs ausmacht – dagegen steigen die CO₂-Emissionen weiterhin an, um rund 20 Prozent in den letzten zehn Jahren.

An erster Stelle steht für uns eine höhere Attraktivität im öffentlichen Verkehrswesen. Wir fordern für die Kommunen Landesmittel für den Auf- und Ausbau des ÖPNV, für den Verkehrsvorrang öffentlicher Verkehre im Straßenverkehr, für Park&Ride-Plätze, für Güterverteilzentren am Stadtrand, für den Ausbau des Rad- und Fußwegenetzes.

Staatliche Förderung muss dafür sorgen, dass der ÖPNV für alle erreichbar und für alle bezahlbar ist. Deshalb treten wir für landesweite Sozial-, Ausbildungs- und Semestertickets ein.

Wir wollen Bayern zu einem zentralen Standort für die Forschung und Entwicklung im Verkehrsbereich machen. Das Ziel ist, energieverbrauchsmindernde und Erneuerbare Energien nutzende Konzepte zu erarbeiten und praxistauglich zu machen. Dazu gehören die Erhöhung der Streckenleistungsfähigkeit und Schnelligkeit durch weitere Elektrifizierung der bayerischen Bahnstrecken, der Ausbau der bayerischen Zulaufstrecken für den Alpen querenden Verkehr zum Brenner, zur NEAT-Verbindung und nach Salzburg/ Triest einschließlich der notwendigen Verladestationen für den Güterverkehr, der Ausbau der Verkehrslogistik und der Ausbau der Forschung für Verkehrsleitsysteme (Telematik).

Dazu gehören auch die Optimierung von Verbrauch und Emissionen bei Motoren, Fahrzeugbau und Reifen, die Entwicklung neuer Treibstoffe, die Möglichkeiten von Verkehrsvermeidung sowie der Aufbau eines bayerischen Forschungs- und Technologietransfer-Institutes für Kraftstoffsystemtechnik an der Fachhochschule Coburg.

Sozialdemokratische Finanzpolitik: der sozialen Gerechtigkeit verpflichtet

Die Konsolidierung öffentlicher Finanzen ist kein Selbstzweck. Vielmehr ist sie notwendig, um wichtige gesellschaftspolitische Ziele zu erreichen. Die Konsolidierung der öffentlichen Haushalte kann nicht vorrangig über die Ausgabenseite erfolgen. Die Kürzungspolitik der CSU in den letzten Jahren unter dem Diktat eines ausgeglichenen Haushalts hat wichtige Investitionen vernachlässigt und wichtige Strukturen gerade im Sozialbereich zerstört. Der soziale Zusammenhalt in der Gesellschaft wurde gefährdet. Bei einer zukunftsgerichteten Finanzpolitik müssen die notwendigen Investitionen getätigt und so Wirtschaftswachstum und Arbeitsplätze geschaffen werden. Außerdem müssen ausreichend Mittel für die Sozial- und die Bildungspolitik im weitesten Sinne zur Verfügung stehen. Diese notwendigen Ausgaben müssen durch ein gerechtes und solidarisches Steuersystem finanziert werden.

Zur Finanzierung der öffentlichen Aufgaben müssen alle Bürgerinnen und Bürger entsprechend ihrer wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit beitragen.

Wir werden die geltenden Steuergesetze konsequent anwenden und mehr Steuerfahnder und Betriebsprüfer einstellen, damit die dem Staat zustehenden Steuern auch erhoben werden.

Wir verlangen von den Einkommens- und Vermögensmillionären einen angemessenen Beitrag zur Finanzierung des Erhalts unseres Gemeinwesens, um soziale Gerechtigkeit wiederherzustellen.

Notwendig ist deshalb eine verfassungskonforme Besteuerung großer Vermögen, die über ausreichende Freibeträge sicherstellt, dass nur die tatsächlich Reichen die Steuerlast zu tragen haben.

Wir brauchen eine gerechte Erbschaftsbesteuerung, die die großen leistungslosen Zuwächse an Vermögen besteuert und das selbstgenutzte Einfamilienhaus steuerfrei auf die Familienangehörigen übergehen lässt.

Konkrete Vorhaben als Konsequenzen:

- Kosten der Fahrten zur Arbeitsstätte sind als Werbungskosten absetzbar
- Ausrichtung der Landesbank umsteuern – Mittelstandsförderung statt Immobilienspekulation in den USA
- Förderprogramme für Investitionen
- Beratungsstellen für Firmengründer
- Vorfinanzierung kommunaler Investitionen statt jahrelangem Verzug
- Pünktliche Bezahlung für geleistete Arbeiten

3. Umwelt und Energie – Ökologische Modernisierung

Umweltschutz als Maßstab politischen Handelns:

Auf Initiative der BayernSPD wurde im Jahre 1984 der Umweltschutz in die Bayerische Verfassung aufgenommen.

Für uns ist dieser Verfassungsartikel der bindende Auftrag an Parlament und Staatsregierung sowie an alle Bewohner Bayerns, unsere natürlichen Lebensgrundlagen zu erhalten und zu schützen. Es ist – lange vor Rio vorweg genommen - der Auftrag nachhaltiger und verantwortungsvoller Politikgestaltung, die wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Zielsetzungen gegeneinander abzuwägen und in existenziellen Fragen dem Schutz der Umwelt den Vorrang einzuräumen.

Es geht um die Abmilderung und den Stopp des Klimawandels und die Bewältigung seiner Folgen, um den Schutz Bayerns vor nicht rückholbaren Belastungen durch die Grüne Gentechnik und um massive Ressourcenschonung.

Klimaschutz: Bayern muss sich auf Ziele verpflichten!

Wir bekennen uns uneingeschränkt zu den Klimaschutzzielen der EU und zu den Vorgaben für die Bundesrepublik Deutschland. Wir wollen diese Forderungen – nämlich Minderung der CO₂-Emissionen um 40 Prozent und Verdreifachung des Beitrags erneuerbarer Energien bis zum Jahr 2020 – verbindlich als Ziele für den Freistaat Bayern festschreiben.

In Bayern stehen wir heute bei den Treibhausgasemissionen noch bei 95 Prozent der Werte aus dem Jahr 1990. Die Bundesrepublik insgesamt dagegen hat die Emissionen im gleichen Zeitraum um 22 Prozent verringern können. Wir brauchen in Bayern ein anderes politisches Bewusstsein, um weiter zu kommen.

Wir werden einen jährlichen Klimabericht vorlegen, um die Entwicklung beobachten und die getroffenen Maßnahmen auf ihren Erfolg überprüfen zu können.

Energiesparen, Energieeffizienz und erneuerbare Energien

Eine zukunftsfähige Energiepolitik kann nur gelingen, wenn wir fossile und nukleare Energieträger Schritt um Schritt ersetzen, indem wir Energie erst gar nicht verbrauchen, indem wir sie optimal nutzen und indem wir erneuerbare Energien einsetzen.

Wir haben bereits vor zehn Jahren die Weichen richtig gestellt: Das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) mit seinen Einspeisevergütungen, die Marktanzreizprogramme, das Kraft-Wärme-Koppelungsgesetz (KWK) sind erfolgreiche Schritte in die richtige Richtung. Wir gehen diesen Weg konsequent weiter – mit dem Gebäudesanierungsprogramm und der Energieeinsparverordnung, der Ausweitung des Marktanzreizprogramms und einem bevorstehenden Gesetz zur Unterstützung erneuerbarer Energien in der Wärmeversorgung. Seit 1998 sind mehr als 260 000 neue Arbeitsplätze im Bereich der erneuerbaren Energien entstanden.

Wir setzen auf den Dreiklang aus Energiesparen, Energieeffizienz und Erneuerbaren Energien. Das heißt:

Energiesparen: Die beste Kilowattstunde ist jene, die erst gar nicht erzeugt werden muss. Beim Energiesparen ist die Wärmesanierung älterer Gebäude eine Maßnahme, die sich sehr schnell rechnet. Mit Wärmedämmung und intelligentem Energieeinsatz lässt sich der Energieverbrauch um deutlich mehr als 50 Prozent verringern. Wir fördern Energieberatung und weitergehende Kennzeichnungspflichten für den Energieverbrauch von Strom und Treibstoff verbrauchenden Geräten, Maschinen und Verkehrsmitteln.

Höhere Energieeffizienz: Energien müssen sehr viel effizienter als bisher genutzt werden. An erster Stelle ist die Kraft-Wärme-Koppelung zu nennen. In Heizkraftwerken, Blockheizkraftwerken oder Brennstoffzellen wird Energie und Wärme gleichzeitig genutzt.

Daraus ergeben sich Wirkungsgrade von bis zu 95 Prozent (zum Vergleich: Atomstrom liegt bei 30 Prozent, Kohlestrom bei 45 Prozent). Aber auch Nutzungsänderungen bei Strom und Treibstoff verbrauchenden Geräten, Maschinen und Verkehrsmitteln können dazu beitragen, Energieverbrauch in großem Umfang zu vermindern und gleichzeitig Geld einzusparen.

Erneuerbare Energien: Die benötigte Energie können wir aus erneuerbaren Energien gewinnen: Photovoltaik, Solarthermie, Tiefen- und Oberflächen-Geothermie, Windkraft, Wasserkraft, Biomasse und Biogas.

Wir werden in Bayern Haushaltsmittel und Sonderprogramme zur Unterstützung der Bundesprogramme, der kommunalen Initiativen und der zielführenden privaten Maßnahmen einsetzen.

Wir werden die bürokratischen Hemmnisse auf Landesebene beim Einsatz von erneuerbaren Energien und bei der Erhöhung der Energieeffizienz beseitigen.

Wir werden der Energieversorgung effiziente, dezentrale Energietechnologien und -systeme hinzufügen und Energiebedarfs-, Energiepotential- und Energieentwicklungspläne auf Landes-, Regional- und kommunaler Ebene erstellen.

Wir wollen die schrittweise Umstellung der Geschäfts- und Investitionspolitik der Energieunternehmen von Energieversorgungs(EVU)- zu Energiedienstleistungsunternehmen (EDU), die nicht mehr vor allem vom Energieträgerverkauf leben und damit an steigendem Energieverbrauch interessiert sein müssen, sondern von Verkauf, Bereitstellung, Management und Betrieb von Energieeffizienz- und -einsparsystemen und von regenerativen Energien.

Dabei setzen wir sehr stark auf die Kommunen und ihre Stadtwerke, die in Bayern verlässliche Partner sind, weil sie ihre Energiepolitik auf Nachhaltigkeit ausrichten.

In der Nutzung der Kohle sehen wir eine noch notwendige Übergangstechnologie, die optimiert werden muss durch die Ertüchtigung der bestehenden Kraftwerke, die Bindung neuer Kraftwerke an dezentrale Versorgungsprinzipien und Kraft-Wärme-Koppelung, den Einbau von Rückhaltetechnologien nach dem Stand der Technik und den Verzicht auf Sonderregelungen für Braunkohle. Wir wollen die Kohlekraftwerke schrittweise stilllegen: die Werke mit niedriger Effizienz und hohem CO₂-Ausstoß als erste.

Atomkraft blockiert den notwendigen Strukturwandel

Wir halten am beschlossenen Atomausstieg fest: Keine neuen Reaktoren und keine Verlängerung der Restlaufzeiten!

Atomkraft ist technisch nicht beherrschbar und gesellschaftlich nicht verantwortbar:

Ausmaß und Folgen eines Reaktorunfalls, (schon jetzt) strahlender Abfall auf Jahrzehntausende, ohne dass eine sichere Entsorgung in Sicht ist, und die Gefahr der militärischen Verwendung und durch terroristische Anschläge markieren die nicht beherrschbaren Risiken der Atomkraft. Zudem droht der Einstieg in die mit noch höheren Risiken behaftete Plutoniums-Wirtschaft

Eine verantwortbare Anwendung der Atomenergie bräuchte immerwährenden äußeren und inneren Frieden, die perfekte Technik und den fehlerfreien Menschen.

Atomkraft ist nicht nachhaltig, ineffizient und verschwendet ökonomische Ressourcen: Die weltweiten Vorräte an Natururan sind auf etwa 25 Jahre begrenzt; damit zeigt sich selbst im Vergleich zu fossilen Brennstoffen wie Öl und Gas eine deutlich größere Abhängigkeit beim Uran. Die Atomkraft nutzt nur 29 bis 35 Prozent der eingesetzten Energie und ist nur als Grundlast und in zentralen Strukturen einsetzbar. Diese Eigenschaften führen, vor dem Hintergrund nur sehr unvollständig erfasster Gesamtkosten der Atomenergie (Entsorgung, Abriss, Rückstellungen für Unfälle), zu einem verschwenderischen Umgang mit dem wertvollen Energieträger Strom. Ein Beispiel dafür ist das Heizen mit Strom in Nachtspeicher- und Direktheizungen.

Wie selbst die auf Atomenergie fixierte Internationale Energie-Agentur (IEA) zugibt, kann Atomenergie keinen nennenswerten Beitrag zum Klimaschutz liefern: Selbst bei einem gigantischen, unvorstellbar teuren Atomkraft-Ausbau um 1300 Reaktoren weltweit bis 2050 (das sind 32 pro Jahr!) würde ihr Beitrag zur geplanten Halbierung der Treibhausgas-Emissionen bis 2050 nur 6% betragen.

Im Straßenverkehr mit seinen wachsenden CO₂-Emissionen kann Atomenergie überhaupt keinen Beitrag leisten.

Es ist klar und eindeutig: Wer auf Atomkraft setzt, verhindert Energiesparen. Wer auf Atomkraft setzt, blockiert Investitionen in Energieeffizienz und erneuerbare Energien und damit auch wirksamen Klimaschutz.

Wir wollen nicht, dass die großen Energiekonzerne ihre zentralistischen Versorgungsstrukturen beibehalten und deshalb nicht auf Atomkraftwerke verzichten. Alle bayerischen Atomkraftwerke sind heute abgeschrieben und reine Gelddruckmaschinen, die pro Tag eine Million Euro an Extra-Gewinn in die Konzernkassen spülen.

Mit seiner hohen Abhängigkeit vom Atomstrom ist es notwendig, dass Bayern sich endlich auf den Ausstieg vorbereitet. Wir fordern ein Konzept „Sichere Energiezukunft in Bayern ohne Atomkraft“, wie dies andere Bundesländer bereits vorgelegt haben und damit den Atomausstieg begleiten.

Von der Abfallwirtschaft zur Kreislaufwirtschaft

Unser Ziel ist es, in der Abfallwirtschaft den Grundsatz "Vermeidung vor Verwertung vor ökologisch sicherer Ablagerung" konsequent umzusetzen.

Wir treten für eine ökologische Stoffwirtschaft ein, die so angelegt ist, dass

- bereits bei Produktion und im Gebrauch Abfälle und Schadstoffe möglichst vermieden werden,
- langlebige und reparaturfreundliche Produkte hergestellt werden,
- rohstoffsparende und umweltschonende Verfahren angewendet werden,
- die Rückführung von Wertstoffen in den Produktionskreislauf und von Bodennährstoffen in den Naturkreislauf (Klärschlamm bei entsprechender Schadstoffminimierung und -kontrolle; Kompostierung) erfolgt (Kreislaufwirtschaft) und
- die gesamte Industrie durch Produkthaftung von der Entwicklung eines Produktes bis zur Entsorgung die Verantwortung übernimmt.

Das Bayerische Abfallwirtschaftsgesetz werden wir dem entsprechend reformieren.

Wir lehnen den unter dem Etikettenschwindel "Energetische Verwertung" betriebenen Ausbau der Verbrennung von Abfällen ab.

Der gesamte Bereich der Abfallwirtschaft muss auch weiterhin in der kommunalen Kompetenz bleiben. Dazu müssen alle sinnvollen kommunalen Kooperationen genutzt werden.

Insbesondere für den Gewerbeabfall muss wieder eine klare kommunale Zuständigkeit hergestellt werden. Die jetzt schon in großem Umfang tätigen privaten Abfallverwerter müssen staatlich kontrolliert werden.

Der Umweltpakt Bayern muss ebenfalls Schwerpunkte auf die Themen Stoffkreisläufe, Wiederverwertung und Produkthaftung bis zur Entsorgung des Produktes setzen.

4. Eine starke Zukunft für den ländlichen Raum - bäuerliche Landwirtschaft stärken

Bayern ist ein Flächenland und damit geprägt von ländlichen Strukturen. Sie prägen mit all ihren unterschiedlichen Facetten und Eigenheiten Bayerns Regionen. Das Land braucht Menschen, die es kultivieren und nutzbar für unsere Gesellschaft machen. Der ländliche Raum ist ein wichtiger Produzent für Lebensmittel und Energie. Er bietet Erholungsmöglichkeiten, Rückzugsräume und natürliche Ressourcen. Gleichzeitig muss er den Menschen ausreichend Lebensperspektiven bieten. Die Menschen sollen dort nicht nur leben, sondern auch arbeiten können. Der Staat spielt dabei als Arbeitgeber eine wichtige Rolle.

Die bäuerliche Landwirtschaft bildet in Bayern das Rückgrat des ländlichen Raumes. Sie sichert die Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln und zum Teil mit Energie sowie den Erhalt unserer Kultur- und Naturlandschaft. Die CSU hat die bäuerliche Landwirtschaft bei Agrarreform und Strukturwandel im Stich gelassen. Eine viel stärkere Verzahnung zwischen den Sektoren Landwirtschaft, regionale Wirtschaft, Handwerk und Tourismus sowie dem gesellschaftlichen Umfeld ist nötig.

Damit der ländliche Raum eine Zukunft hat und bewirtschaftet wird, muss er lebenswert sein. Erforderlich dafür sind neben guten Bildungsmöglichkeiten für Kinder auch angemessene Weiterbildungsmöglichkeiten für Erwachsene, eine ausreichende und erreichbare Gesundheitsversorgung sowie die Versorgung mit Gütern des täglichen Bedarfs. Selbstverständlich muss der zeitgemäße und schnelle Zugang zu Informationen via Internet gewährleistet werden. Es liegt in der öffentlichen Verantwortung, zukunftsfähige Ideen zu unterstützen und Forschungsgelder auch für Regionalentwicklung zur Verfügung zu stellen.

Wir werden gewährleisten, dass zukünftig die Anliegen des ländlichen Raumes nicht mehr zwischen den Ministerien hin und her geschoben werden können. Wir werden das bisherige Landwirtschaftsministerium erweitern und zum Ministerium für ländliche Entwicklung ausbauen. Dreh und Angelpunkt des neuen Ressortzuschnitts wird weiterhin die Landwirtschaft sein. Allerdings in einer umfassenden Sichtweise, die sich nicht nur auf die Beziehung zwischen Konsument und Produzent beschränken wird, sondern den Erhalt der Kultur- und Naturlandschaft und die Energie- und Rohstoffproduktion einbezieht.

Wir setzen uns für eine Stärkung der bäuerlichen Landwirtschaft mit regionalen und mittelständischen Vermarktungsstrukturen ein. Notwendig dafür sind stabile Rahmenbedingungen für die bayerischen Landwirte, so dass sie nicht dem Preisdiktat des Lebensmittelhandels schutzlos ausgeliefert sind. Die Probleme im Milchmarkt haben gezeigt, welche Schieflagen entstehen können, wenn es zu einer immer stärkeren Konzentration im Lebensmittelhandel kommt.

In der Diskussion um die europaweite Neuordnung des Milchmarktes sehen wir keine Alternative zur derzeit geltenden Milchmengenregelung. Sollte die EU dennoch dieses bewährte Instrument abschaffen, sorgen wir für verlässliche Rahmenbedingungen für die bayerischen Milchbauern, die faire Preise gewährleisten

Wir wollen eine bessere Ausstattung der Erfolgsprogramme Kulturlandschaftsprogramm, Dorferneuerung und Vertragsnaturschutz, aber auch mehr Mittel zur Stärkung des landwirtschaftlichen Umfeldes und für die regionale Wirtschaftsförderung.

Garantie für gesunde Lebensmittel

Gegen die zunehmende Monopolisierung setzen wir uns für eine stärkere Regionalisierung im Lebensmittelsektor ein, die einhergeht mit der Stärkung kleiner und mittelständischer Strukturen. Die Produktion und Verarbeitung von Lebensmitteln in regionalen Strukturen ist Energie sparend, Rohstoff schonend und weniger mit Schadstoffen belastet.

Gleichzeitig sorgen wir dafür, dass die Kontrollbehörden wirksam arbeiten können, damit es in Bayern wieder Lebensmittelsicherheit gibt. Zur Gewährleistung der Qualitätssicherung werden wir das Kontrollsystem stärken, ausbauen und neu ordnen.

Die Folgen des Klimawandels abfedern: Stabile Wälder

Den Wäldern kommt beim Klimaschutz eine entscheidende Bedeutung zu: Sie binden Kohlendioxid, speichern Wasser, filtern Luft und schützen gegen Erosion, Bergrutsche, Lawinen und Muren.

Die Fichtenmonokulturen werden den Wetterextremen und der Klimaerwärmung deutlich schlechter als stabile und gesunde Wälder mit standortheimischen Baumarten Stand halten können. Deshalb fördern wir den Umbau der bayerischen Wälder. Berg- und Schutzwald ist zu sichern.

Die Millioneneinkünfte aus den bayerischen Staatsforsten müssen wieder in den Wald investiert werden.

Nein zur Grünen Gentechnik (Agrogentechnik)

Grüne Gentechnik ist eine Risikotechnologie mit heute unabschätzbaren Folgen. Wie bei der Atomkraft ist es unverantwortlich, mit Techniken zu hantieren, deren Auswirkungen und Folgen für uns bei Weitem nicht absehbar sind und einen Eingriff in die Evolutionsbahn bedeuten. Sind gentechnisch veränderte Organismen in unsere Umwelt gelangt, können sie nicht mehr zurückgeholt werden, die daraus entstehenden Folgen sind irreversibel.

Der Fokus der Grünen Gentechnik liegt bis heute eindeutig auf ökonomischen Kriterien. Konkreter Einsatz gentechnisch veränderter Pflanzen, Tiere und Mikroorganismen dient vor allem den Interessen von Konzernen. Landwirte, insbesondere in kleinen Betrieben, geraten immer stärker in Abhängigkeit von großen Konzernen. Ein Nebeneinander von Landwirten, die gentechnisch veränderte Früchte anbauen und konventionellen arbeitenden Landwirten gibt es nicht. Agrotechnik wird zum Risiko für alle in Bayern, die keine gentechnisch veränderten Lebensmittel nutzen, essen oder weiterverwerten wollen.

Wir lehnen es ab, dass gentechnisch veränderte Organismen freigesetzt werden. Wir stehen für ein agrogentechnikfreies Bayern und unterstützen regionale Initiativen, die dieses Ziel vorantreiben. Wir fordern das Recht, auf Landesebene und in der Region nach dem von der EU zugestandenem "Regionalprinzip" gentechnikanbaufreie Regionen auszurufen.

Energie aus nachwachsenden Rohstoffen

Es gibt keinen wirklichen Konflikt zwischen Lebensmittelproduktion und Energieerzeugung. Ein Anbau von Energiepflanzen in der regionalen Landwirtschaft ist im Gegensatz zum Import von Bio-Ölen aus Soja-Monokulturen in Argentinien oder Palmenplantagen in Indonesien vorzuziehen, wenn das ökologische Gleichgewicht gewahrt bleibt.

Wir werden die großen Potenziale für Einsatz und Ausbau der erneuerbaren Energien und einer dezentralen Energiewirtschaft in der Land- und Forstwirtschaft weiter entwickeln und fördern. Hierzu zählt vor allem die Biomassenutzung. Land- und forstwirtschaftliche „Bioreststoffe“ (Stroh, Gülle, Abfallholz u.a.) können in Biogasanlagen zur Wärme- und Stromproduktion (Kraft-Wärme-Kopplung) eingesetzt werden. Biogas kann in das Erdgasnetz eingespeist werden.

Sogenannte Energiepflanzen dürfen allenfalls zur Biogasproduktion eingesetzt werden. Ihr Anbau muss unter streng kontrollierten ökologischen Kriterien (Flächenverbrauch, Anbaumethoden) stattfinden. Wir lehnen den Anbau von Energiepflanzen zur Treibstoffproduktion ab, wenn er in Konkurrenz zur Nahrungsmittelproduktion betrieben wird, erst recht, wenn auf diese Weise die regionale Nahrungsmittelversorgung und die Ökologie in Dritte-Welt-Ländern zu Gunsten von Bio-Treibstoffexport in die Industrielän-

der geschädigt wird. Aber auch in der Landwirtschaft bei uns wäre das der ökologisch und ökonomisch falsche Weg.

Naturnaher Hochwasserschutz

Für den Hochwasserschutz müssen erstens mehr Landesmittel zur Verfügung stehen. Die bisher eingestellten Mittel reichen bei weitem nicht aus, um die notwendigen Schutzmaßnahmen voranzubringen. Viele Kommunen sind auf teure Zwischenfinanzierungen angewiesen. Ein Einbruch wäre nicht zu verantworten.

Zweitens muss Hochwasserschutz neu gedacht werden. Derzeit werden nur etwa 15 Prozent der bayerischen Hochwassermittel für die Renaturierung von Uferbereichen, für Auwälder und Auwiesen, für die Entsiegelung von Flächen und für natürliche Speichermöglichkeiten ausgegeben. Der Großteil der Mittel landet im Beton; damit allein wird auf Dauer den immer rascher und heftiger aufeinander folgenden Hochwassern nicht zu begegnen sein. Wir fordern, im Hochwasserschutz verstärkt auf naturnahe Maßnahmen zu setzen: den Flüssen mehr Raum geben.

Reine Luft ist lebenswichtig

Feinstaub, Ozon, Stickoxide – unsere Luft ist stark belastet. Doch reine Luft ist lebenswichtig – wie sehr, haben uns die Erfahrungen mit dem „sauren Regen“ in den achtziger Jahren gezeigt.

Wir wollen durch eine aktive Luftreinhaltepolitik weitaus höhere volkswirtschaftliche Schäden vermeiden. Bei den notwendigen Maßnahmen muss Bayern die Städte und Gemeinden organisatorisch und finanziell unterstützen.

Bayerns Böden dürfen nicht unter Beton und Asphalt verschwinden

Der Flächenverbrauch in Bayern ist wieder drastisch angestiegen: von 15 auf über 20 Hektar pro Tag. Das sind etwa 40 Fußballfelder. Bayern ist damit einsamer Spitzenreiter.

Die Bodenversiegelung schadet nicht nur Boden und Grundwasser, sondern erhöht auch die Hochwassergefahren.

Wir wollen den ungezügelten Flächenverbrauch in Bayern stoppen und der Natur wieder mehr Raum geben. Deshalb fordern wir Flächen sparende Planungen und Renaturierungsmaßnahmen vor allem beim Hochwasserschutz ebenso wie ein Bodenentsiegelungsprogramm für nicht mehr benötigte Flächen.

Von geschätzten 50 000 Altlasten in Bayerns Böden sind erst etwa 14 600 untersucht, davon erst gut 1000 saniert. Wir wollen, dass die Sanierung durch die Kommunen schneller vorangetrieben wird und fordern dazu die Unterstützung des Landes.

Lebensmittel Nr. 1: Schutz für unser Trinkwasser

Bayerns kommunale Trinkwasserversorger sorgen für die sichere Bereitstellung von ausreichend Trinkwasser in hoher Qualität und zu günstigen Preisen. Deshalb lehnen wir beim Trinkwasser entschieden jegliche Privatisierung und Liberalisierung ab.

Wir wollen, dass weitere Wasserschutzgebiete ausgewiesen werden – zumindest jene 300, deren Ausweisungsverfahren bereits seit bis zu 15 Jahren laufen.

Wir fordern die hydrogeologische Landesaufnahme, um beispielsweise Grundwasserströme und -richtungen zu erfassen und einen wirksamen Schutz zu ermöglichen.

Die Artenvielfalt erhalten

Die Natur hat einen „Eigenwert“. Deshalb muss bei jedem Eingriff des Menschen in unsere natürlichen Lebensgrundlagen eine Abwägung mit den Belangen der Natur erfolgen. Die Übernutzung – durch den Siedlungs- und Verkehrswegebau, durch die Intensivland-

wirtschaft, durch Schadstoffe aus Verkehr, Industrie und Gewerbe – muss ein Ende haben.

Wir wollen der Zerschneidung der Lebensräume begegnen. Wo Verkehrsadern die natürlichen Lebensräume zerschneiden, müssen funktionsfähige Wander- und Kreuzungswegen gebaut werden. Mit Monitoringprogrammen können die Gefahren schneller erkannt werden.

Tierschutz: Den Verfassungsauftrag mit Leben erfüllen

Wir werden den Verfassungsauftrag „Tierschutz“ mit Leben erfüllen. Wir wenden uns gegen Käfigbatterien, Geflügelmästereien ohne Haltungsvorschriften und vorschriftswidrige Schlachttiertransporte. Anbinde- und Ständerhaltung werden verboten.

Wir fördern Alternativen zu Tierversuchen und schaffen Auffangstationen für in Not geratene Tiere.

5. Bildung – Der Schlüssel ins 21. Jahrhundert

Gerecht ist, wenn keiner verloren geht!
Gute Bildung duldet keinen Aufschub

Unser Ziel

Eine gute Ausbildung im ganzheitlichen Sinne ist in der Gegenwart und für die Zukunft betrachtet eine Lebensfrage für jeden Einzelnen. Bildung ist neben dem Wissenserwerb eine soziale, kulturelle und ökonomische Frage allerersten Ranges. Vor allem aber ist sie eine Frage der Gerechtigkeit. Bildung ist das wichtigste Feld, auf dem die Zukunft bestellt werden muss. Und: Bildung darf nicht auf Schule reduziert werden, sondern muss im Sinne des lebenslangen Lernens, von Anfang an, im Fokus der politischen Bemühungen stehen. Gute Bildung versetzt die Menschen in die Lage, die Welt von Morgen ganzheitlich zu gestalten, ihr Leben selbst und eigenverantwortlich zu führen und eigene Interessen angemessen wahrzunehmen.

Deswegen werden wir die bayerische Bildungspolitik zum zentralen politischen Handlungsfeld machen, die Zeit vor und nach der Schule als Bildungszeit etablieren, alle Schulen nachhaltig reformieren und deren Rahmenbedingungen verbessern. Im Sinne der Vielfalt schulischer Angebote werden wir Reformschulen fördern und private Schulformen unterstützen, sofern sie die Anforderungen an Reformschulen erfüllen. Außerdem werden wir im Haushalt des Freistaats Bayern einen deutlich sichtbaren bildungspolitischen Schwerpunkt setzen.

Wir werden Bayern zum Bildungsland Nummer eins in Europa machen. Dabei spielt die Wissensvermittlung als Grundlage eine wichtige Rolle. Bildung darf sich aber nicht darauf beschränken, junge Menschen auf Beruf und Arbeitsmarkt vorzubereiten. Bildung, so wie wir sie verstehen, ist mehr.

Deswegen gehören Charakterbildung und Persönlichkeitsbildung ebenso zu einer guten Bildungspolitik wie die Bereitschaft zur Übernahme von Verantwortung gegenüber der gesamten Gesellschaft, Solidarität gegenüber den Mitmenschen und die Achtung vor der Umwelt. Eine besondere Rolle spielt dabei die Integration ethnischer und sozialer Minderheiten und die verantwortliche Mitwirkung an der demokratischen Grundordnung unseres Landes.

Wir werden dafür sorgen, dass Kinder und junge Menschen individuell gefördert werden. Wir werden dafür sorgen, dass das Recht auf eine gute Bildung der Kinder und jungen Erwachsenen aus bildungsfernen Elternhäusern ebenso eingelöst wird wie die Förderung der Kinder und jungen Menschen aus sozial schwächeren Familien. Wir werden dafür sorgen, dass auch Benachteiligte und Minderheiten gerechte Bildungschancen haben. Wir werden dafür sorgen, dass alle Menschen, unabhängig von ihrer Herkunft und unabhängig von ihrem sozialen Status, gleiche Bildungschancen haben. Bildung darf niemandem vorenthalten werden.

In Bildung investieren

Die Rahmenbedingungen an unseren Schulen sind schlecht. Alle Schularten leiden unter akutem Mangel an pädagogischem Personal. Die Klassen sind deutlich zu groß. Die sozialen Situationen der Schüler und Schülerinnen, die immer stärker in die Schulen hineingetragen werden, können wegen der schlechten Ausstattung mit Schulpsycholog/inn/en und Sozialarbeiter/inne/n kaum bis gar nicht berücksichtigt werden. Lehrer und Lehrerinnen sind stark überlastet, Schüler und Schülerinnen leiden, individuell unterschiedlich, unter enormem Leistungsdruck, andere Schüler/innen haben wegen eines erhöhten Förderbedarfs schlechtere Bildungschancen. Wieder andere Schüler/innen sind unterfordert. Außerdem ist die Verteilung der Finanzmittel zwischen den Schularten ungerecht. Die Umsetzung unserer Bildungsziele und die konkreten Maßnahmen sind nur mit einer Erhöhung der Finanzmittel zu erreichen. Gute Bildung kostet Geld.

- Wir werden deswegen in Regierungsverantwortung nach der Landtagswahl 2008, als Einstieg in eine bedarfsgerechte und nachhaltige Bildungsfinanzierung, eine Milliarde Euro zusätzlich in die Bildungspolitik investieren, also den Bildungshaushalt strukturell um eine Milliarde Euro erhöhen. Die Bildungsausgaben werden wir gerechter auf alle Bereiche der bayerischen Bildungspolitik verteilen.

Auf den Anfang kommt es an

Kindertageseinrichtungen lenken die ersten Schritte auf dem Bildungsweg der Kinder. Je früher und individueller Kinder gefördert werden, desto günstiger wirkt sich dies auf die lebenslange Entwicklung aus. Bildungsangebote vor der Schule wirken sich positiv auf die schulischen Leistungen aus. Investitionen in die frühkindliche Bildung sind Investitionen in die Zukunft sowohl aus der individuellen Sicht der Kinder und deren Familien als auch in der gesamtgesellschaftlichen Betrachtung. Die frühe Kindheit ist die lernintensivste und am stärksten prägende Phase. Versäumnisse in dieser Zeit können später nur noch sehr schwer ausgeglichen werden. Die Kindertagesstätten sind als Sockel des Bildungssystems zu begreifen und zu behandeln.

- Wir werden deshalb die Zuständigkeit für die Kindertagesstätten in das Kultusministerium übertragen und einen Rechtsanspruch auf einen Platz in einer Kindertageseinrichtung einführen.
- Kinderbetreuung in Kindertageseinrichtungen muss grundsätzlich für die Eltern kostenfrei sein. Wir werden deshalb dafür sorgen, dass die Gebühren langfristig abgeschafft werden. Als ersten Schritt werden wir das Jahr vor der Einschulung in den Kindertageseinrichtungen verbindlich und kostenfrei organisieren.
- Die Kindertageseinrichtungen arbeiten verbindlich nach dem bayerischen Bildungs- und Erziehungsplan. Dabei geht es um den Erwerb von sozialen Kompetenzen, um Werte- und Orientierungskompetenzen, um Verantwortungsübernahme und demokratische Teilhabe. Außerdem geht es um lernmethodische Kompetenzen, konkret um "Lernen, wie man lernt".
- Wir wollen, dass alle Kinder die Möglichkeit haben, eine Kindertageseinrichtung zu besuchen. Die Kindertageseinrichtungen brauchen gute Rahmenbedingungen. Wir werden deshalb die Gruppengrößen in der Regel in einem Verhältnis von 1 (pädagogische Fachkraft) zu 7 (Kinder) festlegen und die Mittel für qualifiziertes pädagogisches Personal bereitstellen. Und wir werden dafür sorgen, dass die Beschäftigten in den Kindertageseinrichtungen gemäß ihrer Verantwortung gerecht und angemessen bezahlt werden.

Die Schulen weiter entwickeln

Gerecht ist, wenn jeder mitkommt!

Jedes Kind ist anders. Und jedes Kind hat seine eigenen Fähigkeiten. Trotz des hohen Engagements der Lehrer und Lehrerinnen verhindern die schlechten Rahmenbedingungen im bayerischen Schulsystem eine optimale individuelle Förderung. Es gibt an allen Schularten zu wenig Zeit für die individuelle Förderung der Schülerinnen und Schüler. Unser Ziel ist, den Unterricht so weiter zu entwickeln, dass die Stärken jedes Einzelnen gefördert werden, dass die Schüler und Schülerinnen danach beurteilt werden „was sie können“ und nicht „was sie nicht können“. So entsteht Chancengleichheit.

- Wir werden deshalb ausreichend Lehrerinnen und Lehrer einstellen, damit kleine Lerngruppen entstehen können, in denen die Schülerinnen und Schüler individuell gefördert werden können. Dies werden wir durch das Prinzip: „Keine Klasse über 25“ oder den Einsatz von zwei Lehrkräften in größeren Klassen erreichen. Unterricht wird so nicht mehr nach Hause verlagert, die Eltern werden keine Hilfslehrer mehr sein müssen, teure Nachhilfe wird unnötig und Durchfallen wird vermieden.
- Wir werden dafür sorgen, dass moderne Pädagogik gemessen an nationalen und internationalen Standards eine Chance hat. Dazu gehört eine stärkere Akzentuierung der Lehrerausbildung auf die Erziehungswissenschaften, Pädagogik und Didaktik. Das not-

wendige Faktenwissen wird stärker ergänzt durch das Erlernen des Umgangs mit den vielfältigen Informationsmöglichkeiten, Techniken der Wissensanwendung und Vernetzung. Außerdem werden Basiskompetenzen gestärkt, ästhetische und musische Bildung und Sport im Schulalltag ausgebaut und die Fähigkeiten zu teamorientiertem Arbeiten trainiert.

- Wir werden dafür sorgen, dass die vielfältigen Aufgaben der Schulen bedarfsgerecht erfüllt werden. Dazu gehört neben dem Unterricht auch die Berücksichtigung der familiären und sozialen Situation der Schülerinnen und Schüler durch Aufgaben, die Lehrkräfte außerhalb der Schule wahrnehmen. Dafür werden wir ausreichend Schulsozialpädagogen, Schulpsychologen und Erzieher/innen an den Schulen einstellen und "Elternarbeit" als Arbeitszeit anerkennen.
- Für Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf werden wir in der Regelschule und an den Förderzentren beste Bedingungen schaffen. Gerade die Schüler und Schülerinnen mit Handicaps verdienen unsere ganze Solidarität und Unterstützung. Wir werden die Integration dieser Schüler und Schülerinnen in die Regelschulen massiv vorantreiben, aber gleichzeitig die Rahmenbedingungen an den Förderzentren verbessern und sie zu Kompetenzzentren ausbauen, wo und solange Bedarf besteht.

Gerecht ist: Mehr Zeit zum Lernen

Alle Studien weisen nach, dass Ganztagschulen einen echten Beitrag zu mehr Bildungsgerechtigkeit liefern können. Sie bieten schlicht mehr Zeit zum Lernen und mehr Zeit zum Üben und Wiederholen. Sie bieten Zeit für die Berücksichtigung der Stärken und Schwächen und der sozialen Situation der Schüler und Schülerinnen. Ganztagschule bedeutet auch, gemeinsam und voneinander zu lernen, Freizeit kreativ zu gestalten und entlastet so das Familienleben vom Stressfaktor Schule.

- Wir werden deshalb jedem Kind einen Rechtsanspruch auf einen Platz in einer gebundenen Ganztagschule in allen Schularten einräumen und in der Folge das Angebot an gebundenen Ganztagschulen flächendeckend und für alle Schularten ausbauen. Jede Familie soll entscheiden können, ob ihre Kinder eine Ganztagsklasse an einer wohnortnahen Schule besuchen.
- Wir werden dabei die Sachaufwandsträger mit einem Sonderinvestitionsprogramm unterstützen, damit auch die räumlichen und sachlichen Voraussetzungen für den bedarfsgerechten Ausbau von Ganztagsklassen geschaffen werden können.
- Wir werden dem erhöhten Bedarf an pädagogischem Personal Rechnung tragen. Der Grundsatz, dass Ganztagsklassen nur funktionieren können, wenn ausreichend Ressourcen bereit gestellt werden, wird sich im Staatshaushalt niederschlagen.

Gerecht ist, wenn die Schulstrukturen weiter entwickelt werden

Seit der Einführung der R 6 müssen alle Familien in Bayern schon nach der dritten Grundschulklasse über die weitere Schullaufbahn ihrer Kinder entscheiden. Die Entscheidung wird an Übertrittsnoten festgemacht, völlig unberücksichtigt bleibt dabei der Entwicklungsstand der Kinder. Dieser Übertritt produziert Schul- und Versagensängste bei den Kindern und etabliert die Schule als Ort des Leistungsdrucks und nicht als Ort des Lernens. Die Familien geraten unter enormen Stress in Sorge um die Zukunft ihrer Kinder. Hinzu kommt, dass die Übertrittsnoten wenig aussagekräftig sind. Dies ist mit allen Nebenerscheinungen in höchstem Maße ungerecht und unsozial. Außerdem ist die Annahme, dass es drei Begabungstypen gebe, die in homogenen Gruppen am besten individuell gefördert werden könnten, grundfalsch, was auch internationale Studien belegen. Deshalb treten wir auch weiterhin für eine möglichst lange gemeinsame Schulzeit aller Kinder ein.

- Wir wollen die Prioritäten des Bildungssystems in Bayern umstellen: weg vom Ausleseprinzip, das Zukunftschancen junger Menschen verbaut und gesellschaftlich dringend benötigte Qualifikationen blockiert, hin zu einer systematischen individuellen Förderung, die alle Begabungen ausschöpft.

- Kurzfristig werden wir deshalb die Entscheidung über die Wahl der Schulart im Anschluss an die Grundschule – nach eingehender Beratung durch die Schule – in die Entscheidung der Eltern, Kinder und Jugendlichen legen, also das Übertrittszeugnis abschaffen, sowie die Möglichkeiten eines späteren Wechsels zwischen den Schularten ausbauen.
- Mittelfristig werden wir das dreigliedrige Schulsystem überwinden und dafür sorgen, dass passgenaue regionale Schulkonzepte mit einem vielfältigen Angebot an Schulabschlüssen vor Ort entwickelt werden können. Wir werden pädagogisch anerkannte integrierte Schulformen als Alternative zum dreigliedrigen Schulwesen fördern und längere gemeinsame Schulzeiten umsetzen. Grundsätzlich werden wir an jeder Schulart die Abschlussmöglichkeit "Mittlere Reife" anbieten und das "Sitzenbleiben" abschaffen. Kurz, wir werden Reformschulen fördern und unterstützen.
- Wir werden wohnortnahe Schulen in allen Regionen Bayerns erhalten, nach dem Prinzip: „kurze Beine, kurze Wege“ - in der Grundschule, aber auch bei den weiterführenden Schulen. Eine Schule „vor Ort“ fördert die wünschenswerte Zusammenarbeit zwischen Schule, Jugendarbeit, Vereinsleben und Kultur.
- Die Schulen werden heute in immer stärkerem Maße als letzte Einheit einer übermächtigen Kultusbürokratie wahrgenommen und auch so behandelt. Die Schulen müssen immer neue Statistiken führen, Tests abhalten, immer neue Vorschriften umsetzen und zwar neben dem Unterricht. Oftmals ohne erkennbare Konsequenzen. Die Lehrer und Lehrerinnen haben kaum Gestaltungsspielraum. Das bayerische Schulwesen ist zentral und hierarchisch organisiert. Dies führt zu Überlastung des Lehrpersonals – auch der Schulleiter - durch organisatorische Aufgaben und zu Demotivation. Wir werden deswegen den organisatorischen und pädagogischen Gestaltungsspielraum der Schulen erweitern, die Schulen selbständiger machen. Die Schulämter werden zu Beratungseinrichtungen umgebaut. Auch in pädagogischen Fragen erhalten die Lehrer und Lehrerinnen mehr Freiheiten. Dafür werden die Lehrpläne zu Zielvereinbarungen umgebaut und die Gestaltung des Unterricht und des Schulalltags in die Entscheidung des Schulforums, unter Beteiligung von Eltern und Schüler/innen, gestellt.

Berufliche Bildung

Angesichts der rasanten Strukturveränderungen in Wirtschaft und Gesellschaft müssen die Investitionen in die Qualifikation der Menschen ganz erheblich verstärkt werden. Wir werden die beruflichen Entwicklungschancen junger Menschen deshalb massiv fördern und den Mangel an Ausbildungsplätzen beseitigen. Den von der SPD-Bundestagsfraktion beschlossenen Ausbildungsbonus werden wir dafür nutzen, für jeden jungen Menschen in Bayern eine Ausbildungsgarantie zu sichern.

Wir werden die Ausbilder finanziell unterstützen und Nichtausbilder in die gesellschaftliche Pflicht nehmen. Wo es zu wenige Ausbildungsplätze oder besonderen Förderbedarf gibt, sind überbetriebliche Ausbildungsplätze zu schaffen, Berufsfachschulen einzurichten oder Ausbildungsverbünde zu schaffen. Wir werden die Sozialpartner dabei unterstützen, die bestehenden Berufsbilder an den technologischen Wandel anzupassen und neue Berufsbilder zu entwickeln. Die Weiterbildung muss umfassend reformiert werden und neben Schule, beruflicher Bildung und Hochschule zu einer vollwertigen vierten Säule unseres Bildungssystems werden. Dazu werden wir uns für einen Rechtsanspruch auf Bildungsurlaub einsetzen.

Lebenslanges Lernen realisieren

Lebenslanges Lernen ist Lernen, das alle Lebensphasen begleitet. Es geschieht nicht nur nacheinander in verschiedenen Lebensphasen, sondern auch gleichzeitig in unterschiedlichen Lernformen. Im Gegensatz zur Schulpflicht in der Kindheit findet Lernen im Erwachsenenalter freiwillig statt. Die Träger der Erwachsenenbildung organisieren freiwilliges lebenslanges Lernen. Neben der Vermittlung von Inhalten verfolgen sie das Ziel, an den Schnittstellen von Lernformen und Lebensphasen tragfähige Verbindungen entstehen zu lassen und so Lernprozesse zu fördern.

Erwachsenen- und Weiterbildung bezeichnet alle Formen der Bildung von Erwachsenen und umfasst die allgemeine und die berufliche, die politische und die kulturelle Bildung. Das Bildungsangebot der Einrichtungen der Erwachsenen- und Weiterbildung umfasst die Bereiche der allgemeinen, politischen, beruflichen und kulturellen Erwachsenen- und Weiterbildung. Sie schließt eine nachholende, zum Abschluss führende schulische oder berufliche Ausbildung und Weiterbildung sowie die Eltern- und Familienbildung mit ein. Unser Ziel ist es, dass informell erworbene und dokumentierte Kompetenzen bei Abschlüssen in der Erwachsenen- und Weiterbildung berücksichtigt werden.

Dieses Angebot orientiert sich grundsätzlich am gesellschaftlichen Bedarf und den individuellen Bedürfnissen der Erwachsenen, es muss wohnortnah verfügbar sein. Möglichkeiten für den Selbstunterricht und den Fernunterricht werden eingebunden.

Bildungsergebnisse werden in den Schulen durch Abschluss bezogene Zeugnisse, im weiteren Bildungsverlauf durch einen Weiterbildungspass dokumentiert. Er belegt die während der Ausbildung, der Erwerbstätigkeit, im Ehrenamt, in der Freizeit und der Familien-tätigkeit erworbenen Fähigkeiten und Kompetenzen. Der Weiterbildungspass dient zur Dokumentation von Kompetenzen und zur persönlichen Bildungsorientierung.

- Menschen allen Alters müssen dazu befähigt werden, über ihre gesamte Lebensspanne hinweg zu lernen, denn lebenslanges Lernen umfasst alle Altersgruppen. Infolge neuer Herausforderungen des Alltags und der Ansprüche einer sich ständig im Wandel befindlichen Gesellschaft bilden sich auch neue Formen des informellen und formellen Lernens für ältere Menschen in der nachberuflichen Phase heraus. Die BayernSPD hält es deshalb für erforderlich, die nachberufliche Lebensphase stärker in das Gesamtkonzept lebenslanges Lernen zu integrieren und lebenslanges Lernen nicht allein auf die Erwerbsphase zu reduzieren. Für ältere Erwachsene ist aber die Freiwilligkeit von großer Bedeutung.
- Jede und jeder verdient eine zweite Chance. Kein Schulabbrecher soll dauerhaft ohne Schulabschluss bleiben. Denn die Teilhabechancen von Menschen ohne Bildungsabschluss sind heute schon schlecht und werden sich aufgrund zunehmender Qualifikationsanforderungen weiter verschlechtern. Deshalb müssen wir zweite und dritte Chancen zur nachholenden Qualifizierung schaffen. Wir begrüßen, dass das Bundesministerium für Arbeit und Soziales dazu als ersten Schritt einen Rechtsanspruch auf den nachträglichen Erwerb eines grundlegenden Schulabschlusses schaffen will, der durch Mittel der Bundesagentur für Arbeit gefördert wird
- Wir werden dafür sorgen, dass nach Beendigung der allgemeinen Schulpflicht die Möglichkeit besteht, alle Bildungseinrichtungen weiter zu nutzen. Die Teilnahme an den Bildungsangeboten des Bildungssystems nach der Schule werden wir durch Freistellungs- und Rückkehrrechte für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sicherstellen.
- Wir werden Möglichkeiten der Zusammenarbeit und der Vernetzung der Bildungsinstitutionen verbessern. Hierzu gehört auch, eine gesamtgesellschaftlich bildungsoffene Atmosphäre herzustellen und regionale Bildungs- und Weiterbildungsinfrastrukturen in regionalen Netzwerken zu fördern.
- Wir werden den Aufbau öffentlicher Bildungs- und Weiterbildungsberatung unterstützen, die es jedem Interessierten ermöglicht, lebenslanges Lernen zu realisieren. Mit einem Landesprogramm werden wir Erwachsene in mittlerem und höherem Alter zu Weiterbildungsmaßnahmen ermutigen.
- Die Fort- und Weiterbildungseinrichtungen werden durch eine unabhängige Kommission zertifiziert und ständig evaluiert. Die Evaluation und die Erfüllung von Mindeststandards ist Grundlage für die Landesförderung der Einrichtungen.
- Wir werden für die Träger der Bildungseinrichtungen des „lebenslangen Lernens“ eine verlässliche und bedarfsgerechte Finanzierung durch Landeszuschüsse sicherstellen. Die Zukunft der Volkshochschulen wird durch ungekürzte Unterstützung garantiert.

Hochschulen

Ziel unserer Hochschulpolitik ist, hervorragende Ausbildungsbedingungen in der Breite für alle Studierenden und damit auch die Basis für wissenschaftliche Spitzenleistungen zu schaffen. Voraussetzung dafür ist ein chancengleicher Zugang zum Hochschulstudium, ohne soziale und wirtschaftliche Barrieren. Die Belastung der Studierenden durch Studienbeiträge werden wir abschaffen

Wissenschaft wird für uns nicht um ihrer selbst willen gefördert, sondern weil sie ein wesentlicher Bestandteil für die Entwicklung der Gesellschaft ist. Werden im Gegensatz dazu Hochschulen zunehmend marktgerechten Verwertungsinteressen untergeordnet, geraten Bildung, Wissenschaft und Forschung als Beiträge zur individuellen Emanzipation und als Voraussetzung zur Teilhabe am gesellschaftlichen Fortschritt und Wohlstand aus dem Blickfeld.

Wir wollen die Hochschulen angemessen ausstatten und die Studienbedingungen verbessern. Die soziale Lage der Studierenden muss durch eine Reform der Ausbildungsfinanzierung durchgreifend verbessert werden.

Wir lehnen die privatisierte und marktwirtschaftlich ausgerichtete Hochschule ab. Hochschulen sollen aber mit ihrem eigenen Profil, ihren eigenen Schwerpunkten und ihren besonderen Leistungen um Studierende und akademisches Personal werben können. Die Hochschulen müssen sich aus dem Spezialistentum herausbewegen. Wir wollen Studierende, die über die Grenzen ihres eigenen Faches hinaus sehen und sich ihre Hochschule frei aussuchen können.

Ausländer und Ausländerinnen sind in den Studien-, Lehr- und Forschungsbetrieb zu integrieren, Hindernisse durch das Ausländergesetz sind unverzüglich zu beseitigen.

Behinderte Menschen müssen vor Diskriminierung geschützt werden. Sie sind voll in den Studien-, Lehr- und Forschungsbetrieb aufzunehmen.

Demokratie und Mitwirkungsrechte

Die demokratisch legitimierte parlamentarische Kontrolle der Hochschulen wurde durch die Hochschulautonomie zum Teil aufgehoben. Dieser Verlust muss an den Hochschulen durch Erweiterung der inneren Demokratisierung ausgeglichen werden.

Dazu fordern wir insbesondere:

- Das Grundordnungsrecht der Hochschule wird zu einer umfassenden Organisationsautonomie erweitert. Damit wird den Hochschulen die Möglichkeit eröffnet, die grundordnungsgebenden Kollegialorgane so zusammenzusetzen, dass alle vier Gruppen (Professorinnen/Professoren, Studierende, wissenschaftliche und nicht wissenschaftliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter) gleichberechtigt vertreten sind.
- In den Hochschulräten neuer Prägung müssen Vertreter und Vertreterinnen aller wichtigen gesellschaftlichen Interessengruppen vertreten sein. Der Senat behält seine Aufgaben und wird in seiner Beschlusskompetenz gestärkt.
- Das Leitungsgremium der Hochschulen wird mit der Aufnahme der Frauenbeauftragten erweitert.
- Wir treten insbesondere für die Wiedereinführung der Verfassten Studierendenschaft mit Satzungs- und Finanzhoheit und mit politischem Mandat ein.
- Ein Konvent der wissenschaftlichen und künstlerischen Mitarbeiter soll in Zukunft verpflichtend eingerichtet werden, um die Position des Mittelbaus zu stärken und ihnen mehr Mitspracherechte einzuräumen.

Finanzierung und Ausstattung der Hochschulen

Die Grundfinanzierung staatlicher Hochschulen muss Aufgabe des Staates bleiben. Der Staat steht in der Verantwortung, die Hochschulen mit langfristig garantierten verbesserten Mittelzuweisungen auszustatten. Nur so können Internationalität, Qualitätsentwicklung in Forschung und Lehre und ein modernes Hochschulmanagement umgesetzt werden.

- Wir werden die Hochschulen mit langfristig garantierten verbesserten Mittelzuweisungen ausstatten. Bis 2012 wird sich die Zahl der Studierenden bayernweit von derzeit ca. 255.000 auf 345.000 erhöhen. Eine Erhöhung der Sachmittel, des Lehrpersonals und die Verbesserung der Situation der Hochschulbibliotheken sind dringend notwendig, um für die Studierenden eine qualitativ hochwertige Hochschulausbildung gewährleisten zu können.

Ausbau der Lehre und Lehrqualität

Wir werden die Lehre quantitativ und qualitativ ausbauen. Die Einführung der Bachelor/Master-Studiengänge sowie der Studierendenzuwachs können nur bewältigt werden, wenn der akademische Nachwuchs stärker gefördert und die Weiterqualifizierung der wissenschaftlichen Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen verstärkt wird.

- Die bayerischen Hochschulen brauchen ein Nachwuchsförderungsprogramm, um sicherzustellen, dass mit dem Ansteigen der Studierendenzahlen genügend qualifizierte Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler für Neueinstellungen bzw. Wiederbesetzungen von Professorinnen- und Professorenstellen zur Verfügung stehen.
- Damit einher gehen muss der deutliche Ausbau von Stellen für wissenschaftliche Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen.
- Wir stehen für die Einheit von Forschung und Lehre. Daher lehnen wir es ab, den notwendigen Ausbau der Lehrkapazitäten fast ausschließlich über Lehrprofessuren oder Lehrkräfte mit besonderen Aufgaben mit erhöhtem Lehrdeputat vorzunehmen. Nur wenn Hochschulpersonal in den Forschungsprozess integriert ist, kann auch die Lehre hochwertig sein.
- Für die Lehrenden müssen Angebote für eine didaktische Aus- und regelmäßige Weiterbildung zur Verfügung stehen, ebenso Möglichkeiten des Austausches und der Beratung über Erfahrungen und Probleme in der Lehre. Die Qualität der Lehre soll stärkeres Kriterium bei der Einstellung von Personal an den Hochschulen und der Mittelzuweisung an die Hochschulen werden.

Den akademischen Unter- und Mittelbau stärker einbeziehen

Der akademische Unter- und Mittelbau (studentische, wissenschaftliche Hilfskräfte und Mitarbeiter/-innen, Assistent/-innen) muss als Lehr-, Forschungs- und Innovationsfeld für fortgeschrittene Studierende, Doktorand/-innen und Habilitand/-innen in stetiger Verbindung mit Professor/-innen und Studienanfänger/-innen dienen. Seine Zahl muss deutlich erhöht und seine Aufgaben müssen erweitert werden. Eine vernünftige Nachwuchsförderung in der Wissenschaft ist nicht möglich ohne eine ausreichende Berufssicherung. Die Praxis, dass Doktorandinnen und Doktoranden zum Beispiel auf Viertelstellen oder Stellen für wissenschaftliche Hilfskräfte zu Niedrigstlöhnen beschäftigt werden, muss unterbunden werden. Statt dessen ist für diesen Personenkreis eine - befristete - Beschäftigung nach TV-L wieder zur Regel zu machen. Die sich erweiternden Kluften zwischen Studierenden und Professor/-innen können so personell geschlossen, die zu große Zahl der Teilnehmer an Lehrveranstaltungen verringert, die individuelle Qualität der Betreuung aufgewertet und die Mitwirkung möglichst vieler junger Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler am Prozess von Forschung und Lehre sichergestellt werden.

Frauenförderung und Gender Mainstreaming

Angesichts der nach wie vor bestehenden Unterrepräsentanz von Frauen in Leitungspositionen der Hochschulen und insbesondere in der Professorenschaft sind weitere Anstrengungen zur Durchsetzung der tatsächlichen Gleichstellung von Frauen und Männern erforderlich. Solange Frauen auch in den Kollegialorganen und anderen Gremien der Universität unterrepräsentiert sind, gehören aktive Frauenfördermaßnahmen in Form von verbindlichen Zielquoten zu den notwendigen Instrumenten, um diesen Missstand zu beseitigen.

- An jeder Hochschule wird eine Gleichstellungskommission eingerichtet.
- Die Rechtsstellung der Frauenbeauftragten wird gestärkt. Sie wird Mitglied des Hochschulleitungsgremiums. Der Frauenbeauftragten wird ein umfassendes Informationsrecht bezüglich aller Angelegenheiten, die Frauen an den Hochschulen betreffen, eingeräumt.
- Die Förderung der Gleichstellung und des „Gender Mainstreaming“ wird verankert. Ziel ist, dass Gleichstellung von allen Verantwortlichen auf allen Ebenen organisiert wird.
- Durch verbindliche Vorgaben werden alle Stellen entsprechend dem Frauenanteil in der vorangehenden Qualifikationsstufe bis maximal 50 Prozent mit Frauen besetzt.
- An den Hochschulen sind bedarfsgerecht Möglichkeiten der Kinderbetreuung zu schaffen.

Verhältnis von Fachhochschulen und Universitäten

Wir wollen eine stärkere Kooperation und Öffnung zwischen Fachhochschulen und Universitäten durchsetzen. Leistungen von Fachhochschulen und Leistungen von Universitäten werden als gleichwertig anerkannt.

- Die Durchlässigkeit der Studienangebote wird gefördert.
- Fachhochschulen bekommen das Promotionsrecht, Fachhochschulabsolventen werden zur Promotion an Universitäten zugelassen.
- Die anwendungsbezogene Forschung an Fachhochschulen wird gestärkt.
- Die Ausstattung mit wissenschaftlichen Mitarbeitern wird verbessert werden.

Hochschulzugang

Der fachbezogenen Hochschulreife werden als Voraussetzung zum Hochschulzugang dem Gesetz entsprechende fachbezogene Qualitätsnachweise wie die Meisterprüfung, mehrjährige berufliche Tätigkeit oder der erfolgreiche Besuch eines Berufskollegs gleichgestellt.

Um die Barrieren beim Zugang zu höherer Bildung abzubauen, wollen wir den Hochschulzugang auch mit abgeschlossener Berufsausbildung und mehrjähriger Berufserfahrung ermöglichen.

6. Die Zeit ist reif für Gleichstellung

Immer noch werden Frauen in wichtigen Bereichen unserer Gesellschaft benachteiligt. Frauen sind mittlerweile bestens ausgebildet. Die Gleichstellung auf dem Arbeitsmarkt ist jedoch längst nicht erreicht.

Jede und jeder hat das Recht auf ein diskriminierungsfreies Leben. Dies ist Ausdruck der Menschenwürde und ein hohes persönliches Gut. Unsere Frauenpolitik ist so vielfältig wie das Leben der Frauen selbst. Wir kämpfen dafür, dass mit einem umfassenden landespolitischen Aktionsprogramm eine Politik für alle Frauen durchgesetzt wird: für alleinerziehende Frauen, Frauen mit Familie, Singles, Lesben, junge Frauen, alte Frauen, Frauen mit Behinderungen, Migrantinnen, Arbeiterinnen, Angestellte, Auszubildende, Akademikerinnen, arbeitslose Frauen, Chefinnen, Sportlerinnen und Künstlerinnen.

Wir bieten die Gewähr dafür, dass Gleichstellung integraler Bestandteil der Regierungspolitik in Bayern wird. Dazu gehört auch, politische Ämter, Gremien, öffentliche Aufsichtsräte und sonstige wichtige Positionen entsprechend zu besetzen und die Präsenz von Frauen auch in Wissenschaft, Kunst und Kulturleben zu stärken.

Arbeit muss gerechter bewertet werden - Mindestlohn und gleicher Lohn für gleiche Arbeit!

Arbeit ist ein wesentlicher Teil gesellschaftlicher Teilhabe: Wer arbeitet, verdient Geld, ist sozial gesichert und in einen gesellschaftlichen Prozess integriert. Wir wollen, dass Frauen mit guten Arbeitsverhältnissen einen Verdienst erzielen, der ihnen ein eigenständiges, erfülltes Leben ermöglicht und so auch ihre Absicherung im Alter garantiert.

Mit durchschnittlich 23 Prozent weniger Lohn für Frauen bei gleicher Arbeit wie ihre männlichen Kollegen steht Bayern im Vergleich zu anderen europäischen Ländern an drittletzter Stelle. Wir wollen Lohndiskriminierung aufdecken und gezielt bekämpfen. Unser Ziel ist: Gleicher Lohn für gleiche Arbeit!

Erster Schritt auf diesem Weg ist die Durchsetzung eines flächendeckenden Mindestlohns für alle Branchen.

Die Ausweitung geringfügiger und prekärer Beschäftigungsverhältnisse und des Niedriglohnssektors muss gestoppt werden. Stattdessen werden wir uns für den Ausbau von Existenz sichernden Arbeitsverhältnissen einsetzen. Insbesondere Arbeit in den sozialen Berufsfeldern, in denen überwiegend Frauen tätig sind, muss entsprechend ihrer hohen gesellschaftlichen Bedeutung finanziell aufgewertet werden.

Bayerns Frauen verdienen mehr!

In Bayern liegt die Frauenerwerbsquote mit 67 Prozent immer noch weit hinter der Erwerbsquote der Männer (82 Prozent). Deutlich weniger Menschen als im übrigen Bundesgebiet machen Abitur und auch deutlich weniger studieren. Damit ist klar, dass gerade in Bayern das Potenzial junger Frauen aufgrund von Mängeln in der Bildungspolitik und fehlender Förderung ungenutzt bleibt.

Wir werden mit einer konsequenten Bildungspolitik dafür sorgen, dass eine wesentlich größere Zahl von Kindern die Hochschulreife erreicht und immer mehr Frauen in zukunftsfesten Berufen tätig sind. Insbesondere muss das Berufsspektrum von Frauen erweitert werden.

Wir werden Arbeitsmarkt- und Förderprogramme des Freistaates mit verbindlichen Quoten versehen, um die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen zu sichern.

Gleiche Chancen für den beruflichen Aufstieg von Frauen verwirklichen!

Im öffentlichen Dienst sind Frauen überwiegend in den unteren und mittleren Bereichen tätig. Damit geben wir uns nicht zufrieden. Der öffentliche Dienst muss zum Vorreiter einer diskriminierungsfreien Personalentwicklung werden. Besonderer Nachholbedarf liegt hier im Hochschulbereich.

Unternehmen, die dauerhaft und erfolgreich Frauen fördern, werden wir unterstützen. Gemeinsam mit den Gewerkschaften und ihren Frauenvertretungen werden wir, entsprechend den europäischen Vorgaben, für eine Erwerbskultur eintreten, die direkte und mittelbare Diskriminierung beendet.

Die SPD fordert auf Bundesebene seit Jahren ein Gleichstellungsgesetz für die Privatwirtschaft. Wir sind der Ansicht: Bayern muss voran gehen.

Vereinbarkeit von Familienarbeit und Beruf herstellen!

Die meisten Frauen in Bayern möchten außer Haus arbeiten, denn dies bedeutet Anerkennung und Selbständigkeit. Dies darf nicht durch die Mehrfachbelastung von Frauen durch Kindererziehung, Haushalt, Erwerbstätigkeit, die Pflege Angehöriger oder fehlende Mobilität verhindert werden. Es kann und darf jedoch auch nicht negiert werden, dass viele Frauen arbeiten müssen, um die finanzielle Existenz der Familie zu sichern.

Damit Familie und Beruf vereinbar werden, werden wir in Zusammenarbeit mit den Kommunen eine Initiative „Familie und Beruf“ ins Leben rufen, die mit einer entsprechenden finanziellen Ausstattung flächendeckende, arbeitszeitgerechte, qualifizierte und fördernde Kinderbetreuung ermöglicht.

Frauenspezifische Angebote und aktive Frauenförderung werden daneben bis zur Erreichung von Gleichstellung im Berufs- und gesellschaftlichen Leben notwendig bleiben. Deswegen gehören auch Förderprogramme für die gesellschaftliche und betriebliche Akzeptanz von Männern als Erziehende sowie Initiativen an die Adresse der öffentlichen und privaten Arbeitgeber dazu.

Vereinbarkeit von Familie und Beruf darf kein reines Frauenthema mehr bleiben. Grundsätzlich gilt, dass sich die Arbeitswelt den Menschen anpassen muss, nicht die Menschen sich der Arbeitswelt.

Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen

Immer noch sind ca. 10 Prozent aller Frauen von wiederholter schwerwiegender körperlicher oder sexueller Gewalt in ihren Beziehungen betroffen. Daher werden wir die Grundfinanzierung der Frauenhäuser an die Kostensteigerungen anpassen und die Personalkostenzuschüsse für eine größere Anzahl von Frauennotrufen bereitstellen.

Aktionsprogramm zur Geschlechtergleichstellung

Wir setzen bei der Gestaltung unserer gleichstellungspolitischen Initiative auf die vielen Frauen, die vor Ort bereits daran arbeiten – ob als Frauenbeauftragte in den Kommunen, als engagierte Frauen in Gewerkschaften, Parteien, Sozialverbänden oder freien Initiativen.

Eckpunkte dazu sind:

- Konsequente Gleichstellungsförderung im öffentlichen Dienst. Wir brauchen ein neues wirksames bayerisches Gleichstellungsgesetz für den öffentlichen Dienst.
- Wirksame Maßnahmen, um die Benachteiligung von Frauen in der Privatwirtschaft abzubauen, Lohngleichheit herzustellen und Frauen in allen Bereichen gleiche Aufstiegschancen zu sichern. Wir brauchen ein Gleichstellungsgesetz auch für die Privatwirtschaft!
- Flächendeckender Ausbau qualifizierter und fördernder Kinderbetreuung mit arbeitszeitkompatiblen Öffnungszeiten für alle Altersgruppen und Ganztagschulen mit hochwertigem pädagogischem Konzept.
- Gesellschaftliche Ächtung von Gewalt gegen Frauen: wohnortnahe Kriseninterventionsstellen in ganz Bayern und umfassende Information über rechtliche Möglichkeiten durch den Staat

7. Bayern ist vielfältig und bunt

Für die SPD in Bayern ist es selbstverständlich, dass Menschen nicht wegen ihrer sexuellen Orientierung benachteiligt werden. Schwule, Lesben, Bisexuelle und Transgender sind ein Teil unserer gesellschaftlichen Gemeinschaft. Gleichgeschlechtliche Partnerschaften verdienen Anerkennung, Respekt und rechtliche Absicherung. Die Würde aller Menschen zu respektieren und vor Ausgrenzungen, Diskriminierung, Isolation und Gewalt zu schützen, ist Aufgabe und Herausforderung einer SPD-geführten Landesregierung.

Auf Bundesebene haben wir mit dem Rechtsinstitut der „Eingetragenen Lebenspartnerschaft“ dafür gesorgt, dass auch gleichgeschlechtliche Paare ihre Partnerschaft absichern können. Mit dem Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz (AGG) haben wir bundesweit willkürliche Benachteiligung aufgrund der sexuellen Orientierung sowohl im arbeits- als auch im zivilrechtlichen Bereich untersagt. Doch trotz der Errungenschaften gibt es weiter Handlungsbedarf.

Gleiche Rechte auf Bundesebene

Das Bundesverfassungsgericht hat es der Politik freigestellt, Eingetragene Lebenspartnerinnen und Lebenspartner mit Ehegatten gleichzustellen. Bisher gibt es die Gleichstellung – wegen der Blockade von CDU und CSU – nur bei den Pflichten, nicht aber bei den Rechten. Zahlreiche Studien sind zu dem Ergebnis gekommen, dass Kinder, die in gleichgeschlechtlichen Lebensgemeinschaften aufwachsen, sich nicht besser oder schlechter als andere Kinder entwickeln. Die rechtliche Gleichstellung von „Regenbogenfamilien“ muss fortgesetzt werden, um der gesellschaftlichen Realität gerecht zu werden.

- Wir werden auf Bundesebene im Rahmen einer Bundesratsinitiative dafür eintreten, dass Eingetragene Lebenspartnerschaften nach der Gleichstellung bei den Pflichten künftig auch bei den Rechten gleichgestellt werden, insbesondere in Bezug auf Steuern, im Bundesbeamtenrecht, beim Adoptionsrecht und der elterlichen Sorge.

Gleiche Rechte in Bayern

Niemand darf wegen der sexuellen Orientierung schlechter behandelt oder gar schlechter bezahlt werden. Doch bayerische Landesbeamtinnen und Landesbeamte, die in eingetragener Lebenspartnerschaft leben, erhalten anders als Ehegatten keinen Familienzuschlag und werden bei der Hinterbliebenenversorgung wie Fremde behandelt. Der in anderen Bundesländern übliche Gang zum Standesamt wird Lebenspartnerinnen und Lebenspartnern in Bayern willkürlich verwehrt.

- Auf Landesebene werden wir das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz (AGG) wirkungsvoll umsetzen, die diskriminierende Notarsregelung für eingetragene Lebenspartnerschaften aufheben und für die Gleichstellung der Landesbeamtinnen und Landesbeamten in eingetragener Lebenspartnerschaft sorgen.

Miteinander in Bayern

Die SPD in Bayern tritt aktiv für ein tolerantes und weltoffenes Bayern ein, in dem Diskriminierung, Ausgrenzung, Isolation und Gewalt gegen Minderheiten keinen Raum finden. Nach dem Motto „Aufklärung durch Kulturarbeit“ werden wir uns in Bayern Generationen übergreifend und kultursensibel für ein Klima des Miteinanders einsetzen. Die Aufklärung ist Querschnittsthema und betrifft nicht nur die Schulen, sondern auch Ärztinnen und Ärzte sowie den Bereich Pflege, um Diskriminierung wegen der sexuellen Orientierung in Alten- und Pflegeheimen entgegen zu wirken. Doch auch für junge Schwule und Lesben fehlt es an Beratung und Unterstützung beim Coming-Out.

- In der Bildungspolitik, im Bereich der Jugendhilfe und in den Behörden werden wir durch Weiterbildung des Personals und Weiterentwicklung der Unterrichtsinhalte die Aufklärung stärken. Die Zusammenarbeit und Vernetzung zwischen Bildungs-, Ju-

gendhilfeeinrichtungen und Eltern werden wir fördern und dabei ein wohnortnahes Beratungs- und Unterstützungsangebot ausbauen.

- Wir werden Organisationen und Einrichtungen, die zur Aufklärung in der Gesellschaft mit Coming-Out- und Kulturprojekten beitragen, unterstützen und dabei den ländlichen Raum sowie die kultursensible Aufklärung bei Jugendlichen mit Migrationshintergrund berücksichtigen.
- Wir werden alternative und altersgerechte Wohnformen (z.B. lesbisch/schwule Wohnprojekte, Hospize) fördern und das Personal in Medizin- und Sozialberufen durch Weiterbildung sensibilisieren.
- Wir setzen uns dafür ein, die Abschiebungen von Flüchtlingen in Länder zu stoppen, in denen Menschen aufgrund ihrer sexuellen Identität verfolgt werden.
- Wir werden die lesbische und schwule Geschichte in Bayern in der NS-Zeit und danach aufarbeiten.

8. Familie und Lebensräume – Von der Geburt bis ins hohe Alter

Familien sind das Fundament unserer Gesellschaft. Aber Familien verstehen sich heute anders als noch vor einer oder zwei Generationen. Politik muss für die vielfältigen Lebensentwürfe und Formen des Zusammenlebens unter geänderten gesellschaftlichen Bedingungen Angebote machen.

In den letzten Jahren wurden die Familien finanziell immer stärker belastet: durch die Steigerung der Kindergartengebühren, Büchergeld, Studienbeiträge, Kürzungen bei Unterstützungsangeboten und zuletzt die Kürzung der Sätze für das Landeserziehungsgeld. Fazit: Es fehlt an bedarfsgerechten Rahmenbedingungen und an Betreuungsmöglichkeiten.

Das Kinderbetreuungsangebot insbesondere für Kinder unter 3 Jahren ist völlig unzureichend und regional sehr unterschiedlich verteilt. Bayern wurde bundesweit zu einem Schlusslicht in Sachen Kinderbetreuung gemacht: 12.649 Krippenplätze für ca. 320.000 Kinder sprechen eine klare Sprache. Das werden wir ändern. Wir brauchen zugunsten besserer Bildungschancen einen Ausbau der Kinderbetreuung.

Dazu kommt bei den Kindergartengebühren eine gigantische Gerechtigkeitslücke: Von kostenlos bis zu mehreren Hundert Euro im Monat reichen die regionalen Unterschiede. Das heißt, dass bereits bei der frühkindlichen Bildung der Geldbeutel der Eltern mit über die Zukunft des Kindes entscheidet.

Um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu gewährleisten und Kindern die besten Bildungschancen zu geben, brauchen wir auch mehr Ganztagschulplätze. Hier hat Bayern im Vergleich mit den anderen Bundesländern einen erheblichen Nachholbedarf.

Ein Betreuungsgeld, das Eltern nur erhalten, wenn sie Kindern die frühe Förderung in einer Kindertagesstätte versagen, lehnen wir ab. Familien mit geringem Einkommen wären praktisch gezwungen, es anzunehmen – unabhängig davon, ob sie die frühe Förderung selbst leisten können oder nicht. Frühe Förderung muss den Kindern unabhängig vom Einkommen der Eltern zugute kommen.

Wir treten für die Erhaltung des arbeitsfreien Sonntags ein.

Familien brauchen gute Rahmenbedingungen

Bei der Verbesserung der Rahmenbedingungen können wir auf das von der SPD auf Bundesebene durchgesetzte Ganztagschulprogramm aufbauen, aus dem der Freistaat 600 Mio. Euro erhalten hat, ebenso auf das von der SPD in der Großen Koalition durchgesetzte Programm zum Ausbau der Kleinkinderbetreuung, aus dem Bayern bis 2013 rund 340 Mio. Euro für Ausbau und als Betriebskostenzuschuss erhält. Ab 2013 gilt dann auf Druck der SPD bundesweit der Rechtsanspruch auf frühe Förderung ab dem ersten Lebensjahr. Bayern erhält ab 2014 einen jährlichen Betriebskostenzuschuss für die Kleinkinderbetreuung in Höhe von rund 115 Mio. Euro.

Der Ausbau der frühen Förderung dient der Verbesserung der Chancengleichheit, der Integration, der besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf und nicht zuletzt der Armutsbekämpfung. Wir wollen den Familien in Bayern nicht länger vorschreiben, dass sie sich zwischen Familie und Beruf entscheiden müssen. Wir werden die Wahlfreiheit der Eltern fördern, indem wir verlässlich frühe Förderung für die Kinder anbieten. Unterstützung für Familien bedeutet ein bedarfsgerechtes Betreuungsangebot für Kinder in jedem Alter, das gut qualifiziert Bildung vermittelt, ein bedarfsgerechtes Angebot an familienfreundlichem Wohnraum, ein niedrigschwelliges, wohnortnahes und umfassendes Informations-, Beratungs- und Unterstützungsangebot sowie Familiennetzwerke zu schaffen.

Wir begreifen Kindertageseinrichtungen als Bildungseinrichtungen und haben unsere detaillierten Vorhaben folglich im Kapitel 4 „Bildung“ ausführlich beschrieben. Hier noch einige Ergänzungen:

- Wir werden bis 2013 in Bayern einen Versorgungsgrad bei der Betreuung für Kinder von 0 bis 3 Jahren von 35 Prozent verwirklichen. Gerade für den ländlichen Raum und

für Eltern im Schichtdienst ist zur Erreichung des Ziels auch die bessere Förderung von Tageseltern notwendig.

- Wir werden die Qualität in den Einrichtungen und in der Tagespflege nachhaltig stärken: also mehr und besser ausgebildetes Personal, kleinere Gruppen, bessere finanzielle Ausstattung. Die Ausbildung der Erzieherinnen und Erzieher sowie der Tageseltern wird neu geordnet und langfristig auf Fachhochschulniveau angehoben.
- Wir werden den Rechtsanspruch auf einen ganztägigen Betreuungsplatz für Kinder ab dem ersten Geburtstag schaffen und damit nicht bis 2013 warten.
- Für alle Kinder wird eine Sprachstandserhebung durchgeführt, damit individuell gefördert werden kann. Der Übergang vom Kindergarten in die Grundschule wird gleitend mit einer Eingangsstufe gestaltet, (die zwei oder drei Jahre dauern kann).
- Wir werden das Bayerische Kinderbildungs- und -betreuungsgesetz überarbeiten, um Kindertagesstätten von der zusätzlichen Bürokratie zu entlasten, statt der Gastkinderregelung ein Elternwahlrecht einführen und die ländlichen Betreuungseinrichtungen wieder stärken.
- Wir werden den „Lokalen Bündnissen für Familie“, die die SPD auf Bundesebene 2004 eingeführt hat, bayernweit zum endgültigen Durchbruch verhelfen und bauen dabei auf die 55 in Bayern bereits bestehenden Bündnisse auf. Lokale Bündnisse setzen sich unter Einbeziehung der Familien, der Kindertagesstätten, der Kommunalpolitik, der Wohlfahrtsverbände, der Wirtschaft, der Kirchen und Vereine für mehr Familienfreundlichkeit vor Ort ein, erweitern das Beratungs- und Unterstützungsangebot und dienen der familienfreundlichen Kommunalpolitik. Mit einem runden Tisch der bayerischen Bündnisse und einem Wettbewerb der familienfreundlichsten Kommunen werden wir Familienfreundlichkeit bayernweit zu einer Selbstverständlichkeit machen und dabei alle Generationen einbeziehen.
- Wir werden das Angebot an bezahlbarem, familienfreundlichem Wohnraum in Bayern stärken. Die energetische Gebäudesanierung und die Umstellung auf erneuerbare Energie werden wir stärker als bisher fördern, um Familien von steigenden Stromkosten zu entlasten.
- Die dramatischen Kürzungen beim Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) in Bayern werden wir vollständig zurücknehmen, um Familien wieder Mobilität zu sichern.

Bayerische Familien finanziell entlasten

Wir wollen nicht nur eine bessere Infrastruktur für die Familien, sondern wir werden die Eltern in Bayern auch finanziell stärken. Viel zu oft sind in der Vergangenheit finanzielle Leistungsverbesserungen auf Bundesebene, wie die Kindergeldhöhungen und Senkung der Einkommenssteuer durch die damalige SPD-geführte Bundesregierung oder das von der SPD durchgesetzte Elterngeld, durch Kürzungen oder Gebührenerhöhungen bei uns in Bayern wieder unwirksam gemacht worden. Wir wollen das Problem an der Wurzel anpacken und Familien nachhaltig von Gebühren entlasten, die nur oder in erster Linie Familien betreffen. Wir werden schrittweise die an die Bildung anknüpfenden Kosten für Familien in Bayern abschaffen. Die Kosten für Bildung – die vor allem Familien tragen müssen – sind laut Statistischem Bundesamt allein im letzten Jahr um 29 Prozent gestiegen. Auf Bundesebene setzen wir uns parallel für höhere Leistungen für Familien ein.

- Wir werden das letzte Kindergartenjahr gebührenfrei anbieten. Junge Familien werden damit nachhaltig finanziell entlastet. Die Kosten dafür trägt das Land. Wir werden sie nicht auf die Kommunen abwälzen.
- Zunächst werden wir schrittweise auch das erste und zweite Kindergartenjahr in Bayern von Gebühren befreien. Langfristig werden wir auch die Gebühren für Krippenplätze abschaffen.
- Das Mittagessen in der Ganztagschule und in Kindertagesstätten muss für alle finanzierbar sein. Wir werden daher eine soziale Ausgestaltung, zum Beispiel im Rah-

men eines Fondsmodells mit Härtefallregelungen für geringe Einkommen, installieren.

- Wir werden uns bei den Kommunen für die Einführung eines Familienpasses mit verbilligten Eintritts- und Fahrkarten für die kostengünstige Nutzung des öffentlichen Nahverkehrs einsetzen.
- Die von uns geforderte Lernmittelfreiheit entlastet die Familien in Bayern ohne Wenn und Aber.
- Auf Bundesebene setzen wir uns dafür ein, dass das Kindergeld deutlich erhöht und der Kinderzuschlag für geringe Einkommen weiter ausgebaut wird. Wir unterstützen zudem die Einführung von konkreten Sachleistungen wie zum Beispiel ein „Schulstarter-Paket“.
- Auf Bundesebene unterstützen wir die Forderung nach einer Senkung der Abgabenlast bei den Sozialabgaben für kleine und mittlere Einkommen, denn Sozialabgaben belasten diese weitaus höher als Steuern. Es ist aus unserer Sicht gerechtfertigt, diese deutliche Entlastung der Geringverdiener und der Mittelschicht durch höhere Steuern für Spitzenverdiener zu finanzieren.
- Nicht gegenfinanzierte Versprechen für eine Senkung der Einkommensteuern schaden Familien. Denn in der Folge müsste der Staat an anderen Stellen, zum Beispiel bei der Kinderbetreuung und den Schulen sowie der Kinder- und Jugendhilfe, sparen oder neue Schulden zu Lasten unserer Kinder und Kindeskinde aufnehmen. Familien können sich keinen armen Staat leisten.

Vereinbarkeit von Familie und Beruf schaffen

Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf für Männer und Frauen entspricht nicht nur dem Wunsch der bayerischen Familien, sondern geht auch die Wirtschaft an. Wer gut ausgebildete junge Menschen beschäftigen will, muss Angebote für Eltern machen. Also: flexible Arbeitszeitmodelle und betriebsnahe Kinderbetreuung. Familienfreundliche Betriebe profitieren von einer höheren Motivation ihrer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und einer stärkeren Verbundenheit mit dem Betrieb. Familien profitieren von der besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

Wir setzen uns für eine familienfreundliche Arbeitswelt in Bayern ein. Erst wenn wir ein bedarfsgerechtes Angebot an Kinderbetreuung erreicht haben, ist die Frage „Kind oder Beruf?“ eine Frage der Vergangenheit. Wir respektieren die Wünsche der Eltern, unabhängig davon, ob diese sich Kinderbetreuung wünschen oder ihre Kinder selbst betreuen möchten. Familien, die ihre Kinder selbst betreuen, werden in der Regel durch das Ehegattensplitting gefördert. Familien, die sich Kinderbetreuung wünschen, werden wir künftig ein entsprechendes Betreuungsangebot anbieten, um endlich die Wahlfreiheit in Bayern zu gewährleisten.

- Wir werden in der bayerischen Wirtschaft zusammen mit den Gewerkschaften für die familienfreundliche Arbeitswelt und den Ausbau von Betriebskindergärten werben.
- Wir werden durch eine Korrektur der Gastkinderregelung im Kinderbildungs- und -betreuungsgesetz die Betriebskindergärten wieder stärken.

Starke Familien haben starke Kinder – Kinderarmut beseitigen, Gesundheit und Teilhabe ermöglichen

Jedes Kind ist gleich viel wert. Es darf nicht von der sozialen oder regionalen Herkunft abhängen, ob ein Kind gesund aufwächst. Wir wollen sicherstellen, dass Kinder unabhängig vom Einkommen der Eltern in Kindertagesstätten und Schulen Zugang zu gesunder Ernährung erhalten. Kinderarmut und Familienarmut in Bayern werden wir durch ein Maßnahmenpaket zurückdrängen. Um Vernachlässigung von Kindern früher zu erkennen und durch begleitende Hilfsangebote zurückzudrängen, brauchen wir ein „Frühwarnsystem“.

Kinderarmut kann durch eine gute materielle Absicherung gesenkt werden. Kostenfreier Zugang zu Bildung ist die beste Prävention gegen Armut und hilft, Generationen übergreifende „Armutskarrieren“ zu durchbrechen. Armut kann Auswirkungen auf die Gesundheit und die Teilhabe der Kinder am sozialen Leben haben. Armut, verbunden mit Perspektivlosigkeit und gesellschaftlicher Isolation, ist eine der Ursachen für Jugendkriminalität.

Es dürfen nicht ganze Bevölkerungsteile von der Teilhabe an der Gesellschaft ausgeschlossen werden. Ein wichtiges Instrument für diese Teilhabe ist der Mindestlohn. Die bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist insbesondere für Alleinerziehende wichtig, um Armut aus eigener Kraft vermeiden zu können.

- Wir werden ein gezieltes soziales Frühwarnsystem etablieren, das alle Akteure einbezieht und vor Ort frühe Hilfe und Beratung anbietet. Das wollen wir mit einer Vernetzung von Hebammen, Jugend- und Familienhilfe, öffentlichem Gesundheitsdienst, Ärzten und Schulen erreichen. Ein Frühwarnsystem, wie es die Stadt München vorsieht, werden wir flächendeckend in ganz Bayern einführen.
- Wir wollen die gesundheitliche Prävention mit Hilfe des auf Bundesebene geplanten Präventionsgesetzes vor Ort bringen – auch an die Schulen und in Kindertagesstätten. Sollten CDU und CSU das Gesetz im Bund weiter blockieren, erlassen wir ein bayerisches Präventionsgesetz.
- Um Armut bei Familien zu bekämpfen, werden wir die Betreuungs- und Beratungsangebote im Sinne der „Hilfe zur Selbsthilfe“ ausbauen. Dazu gehören die dringend notwendige finanzielle Stärkung der Jugendämter und ein verbessertes Informationsangebot über Unterstützungsleistungen, insbesondere im Rahmen der „Lokalen Bündnisse für Familie“. Mit diesem Angebot kann die Erziehungskompetenz gestärkt werden, genauso wie mit Beratungsangeboten in den Kindertagesstätten. (Elternschule) Die Jugendsozialarbeit werden wir wieder ausbauen.
- Wir werden ein Sofortprogramm zur Bekämpfung von Kinderarmut in Bayern auflegen, das auch die gesellschaftliche Teilhabe durch die Förderung und Weiterentwicklung erfolgreicher Initiativen der Wohlfahrtsverbände sowie die Förderung von Vereinsmitgliedschaften stärkt.
- Wichtig für gezielte Förderung ist die Sozialberichterstattung für den Freistaat. Wir werden sie regelmäßig vorlegen und nicht vor Landtagswahlen zurückhalten.
- Wir werden uns dafür einsetzen, dass Kinderrechte ins Grundgesetz aufgenommen werden und einen Kinderbeauftragten in Bayern installieren.

Jugend

Jugendliche brauchen mit zunehmendem Alter mehr Freiräume für eigene Lebensgestaltung und Entscheidungen, und sie brauchen gleichzeitig Unterstützung und Förderung durch Erwachsene, Staat und Gesellschaft. Für uns sind beide Ansprüche sehr wichtig. Deshalb ist Jugendpolitik ein eigenes Politikfeld, das für mehr Beteiligungsrechte von Jugendlichen steht, in der Schule, in den Betrieben, in der Jugendarbeit, in unserer Partei. In der Politik fühlen sich viele Jugendliche nicht ausreichend repräsentiert, und viele finden den politischen Betrieb uninteressant; deshalb fordern wir eine Absenkung des Wahlalters auf 16 Jahre. Das wollen wir begleiten durch einen deutlichen Ausbau von politischer Bildung in handlungsorientierten, jugend- und zeitgemäßen Formen.

Jugendpolitik verstehen wir als Querschnittspolitik. Deshalb mischt sie sich in andere Politikbereiche als Interessenvertretung von und gemeinsam mit Jugendlichen ein. Wir kümmern uns darum, dass vor allem Bildungs-, Ausbildungs- und Sozialpolitik so gestaltet werden, dass für Jugendliche bessere Lebensperspektiven entstehen. Und wir stellen dabei die Teilhabechancen gerade auch der Jugendlichen in den Vordergrund, die in weniger begüterten Umständen leben.

Wir werden Jugendhilfe und Jugendarbeit stärken. Dazu soll umgehend ein neues Jugendprogramm erstellt und ordentlich finanziell ausgestattet werden. Wir nehmen die Kürzungen der Staatsregierung von 2004 zurück. Dabei setzen wir auf die Positionen, die

unsere Landtagsfraktion in die Jugend-Enquête-Kommission im Landtag eingebracht hat. Wir werden Schwerpunkte setzen im Ehrenamt, bei Mitarbeiterbildung, in der Jugendbildung und politischen Bildung, in der Jugendkultur und Medienarbeit, in der internationalen und interkulturellen Jugendarbeit und in der Jugendsozialarbeit.

9. Alter(n) hat Zukunft – den demografischen Wandel aktiv und solidarisch gestalten

Wir brauchen ein positives Altersbild.

Die Lebenserwartung steigt. Jede(r) Dritte in Bayern wird bereits im Jahre 2020 über 60 Jahre alt sein, und die Gruppe der über 80-Jährigen wird bis dahin um 72 Prozent steigen. Diese Entwicklung ist grundsätzlich positiv, weil auch die Anzahl an gesunden Jahren für den Einzelnen steigt.

Gleichzeitig sinkt die Anzahl der Geburten, was auch bei der demografischen Entwicklung zu berücksichtigen ist. Deshalb müssen familienpolitische und altenpolitische Maßnahmen Hand in Hand gehen.

Generationensolidarität ausbauen, Zusammenhalt in der Gesellschaft erhalten

Die „geschenkten Jahre“ bei der Lebenserwartung ermöglichen eine neue Solidarität zwischen den Generationen. Diese Chance gilt es zu nutzen. Wir setzen uns für eine neue Solidarität ein und wollen entsprechende Rahmenbedingungen gestalten. Dazu gehören die Förderung von generationenübergreifenden Freiwilligendiensten wie die Weiterentwicklung der Kranken- und Pflegeversicherung zu einer Bürgerversicherung.

Wir wissen: Der Generationenpakt auf familiärer Basis funktioniert und die ältere Generation unterstützt die jüngere in vielfacher Weise. Der demografische Wandel muss also nicht zu einer Gefährdung der Generationenbeziehungen führen.

Gesundes Altwerden fördern – Qualität in der Pflege ausbauen

Neben der finanziellen Situation ist ein gesundes Altwerden von entscheidender Bedeutung für eine aktive Teilhabe älterer Menschen. Gesunde Ernährung, körperliche und geistige Aktivität sowie soziale Kontakte sind notwendig, damit Fähigkeiten erhalten bleiben. Prävention und Gesundheitsversorgung sind aber auch eine gesellschaftliche Aufgabe. Land und Kommunen müssen die Infrastruktur dafür schaffen, dass eine gesunde Lebensführung auch im Alter möglich und lebbar wird.

Arbeitsplätze auch für Ältere sichern und ausbauen – innovative Beschäftigungsfelder erschließen

Die Zahl der älteren Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer nimmt immer mehr zu. Auch wenn aufgrund der Aktivitäten des Bundes die Erwerbsbeteiligung Älterer bereits gestiegen ist, so muss doch die Beschäftigungsquote für 55- bis 64-Jährige noch erhöht werden. Bayern muss sich für Maßnahmen für die bessere Nutzung der Potenziale älterer Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer einsetzen und innovative Bündnisse mit den beteiligten Akteuren schaffen. Betriebliche Generationenverträge, neue Formen von Altersteilzeitmodellen, altersgerechte Arbeitsplätze, verstärkte Weiterbildungsmaßnahmen und die Entzerrung zu starrer Lebensphasen für eine verbesserte Vereinbarkeit von Arbeit, Bildung, Familie und Freizeit sind Maßnahmen, die die bayerischen Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten anstreben.

Altersgerechte Produkte und Dienstleistungen werden durch die demografische Entwicklung in den Industrieländern immer wichtiger und stellen eine Marktlücke dar. Wir wollen einen „Masterplan Seniorenwirtschaft“ in Bayern initiieren, um altersgerechte Produkte und Dienstleistungen zu fördern und innovative Beschäftigungsfelder zu erschließen. Politik, Wirtschaft und Verbände sind aufgerufen, die Seniorenwirtschaft insbesondere auch auf lokaler Ebene zu fördern. So wollen wir mit einem Förderprogramm „Bayern barrierefrei“ den barrierefreien Tourismus zugunsten von Menschen mit Behinderungen in Bayern stärken. Zu der Förderung der Seniorenwirtschaft gehört auch eine zielgruppenorientierte Aufklärung und Beratung für ältere Verbraucherinnen und Verbraucher.

Rente

Wir Sozialdemokraten stehen zum Generationenvertrag und zur beitragsfinanzierten gesetzlichen Rente. Wir werden dafür sorgen, dass die gesetzliche Rente den wesentlichen Beitrag zur Sicherung des Lebensstandards im Alter leisten kann. Mit einer sinnvollen Kombination aus gesetzlicher Rente und der staatlichen Förderung privater wie betrieblicher Zusatzvorsorge kann auch unter veränderten Bedingungen eine hohe Gesamtversorgung im Alter erreicht werden.

Die Rentenansprüche aus einem Durchschnittsverdienst müssen einen deutlichen Abstand zum Sozialhilfeniveau aufweisen. Mit der Einführung der Sozialen Grundsicherung für Alte und dauerhaft Erwerbsgeminderte haben wir bereits eine Barriere gegen Niedrigstrenten geschaffen.

Wir werden geeignete Maßnahmen ergreifen, um die Rückkehr von Altersarmut in unserem reichen Land zu verhindern. Wir wollen, dass ältere Menschen länger im Arbeitsleben verbleiben können. Deshalb werden wir uns für eine altengerechte und humane Arbeitswelt und flexible Möglichkeiten des Übergangs in den Ruhestand einsetzen. Für Menschen mit besonders belastenden Tätigkeiten müssen Möglichkeiten eines vorgezogenen Rentenbezuges ohne Abschläge geschaffen werden.

Die von der SPD-Bundestagsfraktion vorgeschlagene und von den Gewerkschaften mitgetragene Fortführung der Altersteilzeitregelung und die Fortentwicklung der Teilrente unterstützen wir.

Mehr Mitwirkung und Mitbestimmung für Ältere in der Politik

Ältere Menschen sind bereit, politische Verantwortung zu übernehmen. Wirtschaft, Politik und Gesellschaft brauchen das Miteinander der Generationen: die Erfahrung, die Reife, den größeren Überblick der Alten ebenso wie die Dynamik, die Risikofreude, das Streben nach Veränderung der Jungen. Das politische Engagement der Älteren kommt also nicht nur der eigenen Generation, sondern der gesamten Gesellschaft zu Gute. Nur im Miteinander von Jung und Alt können wir die Herausforderung der demografischen Entwicklung meistern. Nur gemeinsam kann eine ausgewogene Verteilung von Rechten und Pflichten zwischen den Generationen gelingen.

Wohnen im Alter – „Lebenszyklisches“ Bauen als Antwort

Auch in Zukunft wird es das Ziel der meisten älteren Menschen bleiben, so lange wie möglich in ihrer eigenen Wohnung zu leben. Und deshalb geht es neben der Förderung der ambulanten Pflegestrukturen darum, ein „lebenszyklisches“ Bauen zu etablieren, das auf die Belange des Älterwerdens Rücksicht nimmt. Ein barrierefreies Bauen nützt Jung und Alt.

Ein solches Umdenken erfordert eine gezielte Aktion von Politik, Verbänden und Fachleuten. Wir müssen Städtebauförderung, Stadtentwicklung und Wohnungsbau stärker an den Bedürfnissen einer alternden Gesellschaft ausrichten. Ebenso wie in den Wohnungen muss auch im Wohnumfeld für Barrierefreiheit gesorgt werden, damit ältere Menschen nicht sozial isoliert werden und stärker an der Gesellschaft teilhaben können. Die bayerische SPD wird deshalb ein Landesprogramm zur Förderung der Barrierefreiheit an bestehenden Wohngebäuden durch den nachträglichen Ein- oder Anbau von Aufzügen in Bayern installieren und dies zu einem Programm „Barrierefreie Kommune, barrierefreie Stadt“ weiterentwickeln.

Darüber hinaus muss die Wohnberatung entsprechend ausgebaut werden. Die wohnortnahen Pflegestützpunkte, die Beratung und Unterstützung „aus einer Hand“ anbieten, eignen sich hervorragend dafür, auch das Aufgabenfeld Wohnberatung einzubeziehen. Bayern muss von der geplanten Anschubunterstützung für Pflegestützpunkte von der Pflegeversicherung Gebrauch machen. Die bereits bestehenden Beratungsstellen der Alten- und Sozialhilfe sowie der Kranken- und Pflegekassen, müssen integriert werden, jedoch muss dabei eine unabhängige und neutrale Beratungsleistung gesichert sein. Bayern muss angesichts der Folgen der demografischen Entwicklung von dieser möglichen Förderung durch den Ausgleichsfonds der Pflegeversicherung profitieren und darf sich hier nicht isolieren.

Jegliche Diskriminierung aufgrund des Alters muss gestoppt werden!

Viele ältere Menschen leiden unter einer latenten Altersdiskriminierung. Sie fühlen sich aufgrund ihres Alters missachtet, nicht ernst genommen und mitunter von privaten und öffentlichen Angeboten ausgeschlossen. Diskriminierungen verletzen die Menschenwürde und sind unsozial. Das vorherrschende Altenbild der Gesellschaft wird der Vielfalt des Alters nicht gerecht. Wir machen daher unseren Einfluss geltend, die zivilrechtliche Weiterentwicklung der europäischen Antidiskriminierungsrichtlinie nicht weiter zu blockieren und umzusetzen, damit das Bewusstsein für Diskriminierung geweckt wird.

Mitverantwortliches Leben – bürgerschaftliches Engagement fördern

Bürgerschaftliches Engagement ermöglicht vielen älteren Menschen die Teilhabe an der Gesellschaft während und nach der Erwerbsphase. Wir müssen daher neue innovative Ansätze des freiwilligen Engagements entwickeln und generationsübergreifende Freiwilligendienste verstetigen. Zum quantitativen Ausbau des freiwilligen Engagements muss auch der qualitative Ausbau treten. Hierzu gehört eine unterstützende Infrastruktur, die in Bayern ausgebaut werden muss, denn ältere Menschen sind ein Bindeglied zwischen Alt und Jung und geben ihren Schatz an Wissen, Können und Erfahrungen an die nachfolgenden Generationen weiter. Auf diesem Boden wächst der Zusammenhalt der Generationen, auf dem unsere Gesellschaft aufbaut.

Den demografischen Wandel als Querschnittsthema verstehen und solidarisch gestalten

Der demografische Wandel ist längst in unserem Alltag angekommen. Er stellt keine Bedrohung dar, sondern ist als Chance zu begreifen, die wir alle nutzen können und müssen. Er darf nicht als Begründung für Sozialabbau missbraucht werden.

Jung und Alt müssen sich gemeinsam neuen Ideen zuwenden und sie umsetzen. Es geht darum, in einer älter werdenden und schrumpfenden Gesellschaft weiterhin ein hohes Niveau an Lebensqualität aufrecht zu erhalten und älteren Menschen gesellschaftliche Teilhabe zu ermöglichen. Wir als SPD haben die richtigen Antworten auf die Fragen der Zukunft und setzen uns für ein solidarisches Miteinander der Generationen ein.

10. Staat und Bürgerrechte – Demokratie stärken!

Mehr Demokratie und Transparenz

Die BayernSPD steht für eine lebendige Demokratie auf allen Ebenen, von den Gemeinden bis zum Staat, von den Schulen über die Hochschulen bis in die Betriebe, Unternehmen und Verwaltungen. Wir sind stolz auf die von Wilhelm Hoegner geschaffene bayerische Verfassung und die dort verankerten direktdemokratischen Mitwirkungsrechte Volksbegehren und Volksentscheid. Wir haben dazu beigetragen, dass es auch auf kommunaler Ebene Bürgerbegehren und Bürgerentscheide gibt. Wir treten für echte Mitwirkungsrechte der Schülerinnen und Schüler und der Eltern von der Schule bis zur Landesebene ebenso ein wie für eine größt mögliche Transparenz der Verwaltung und verfolgen unser Ziel weiter, ein Informationsfreiheitsgesetz für Bayern zu schaffen. Wir beobachten mit Sorge, dass die kommunale Selbstverwaltung durch Rechtsformprivatisierungen von Teilbereichen der öffentlichen Verwaltung ausgehöhlt wird. Wir wenden uns gegen die wachsende Tendenz, Gewinne zu privatisieren und Verluste zu sozialisieren. Es gibt keinen Ersatz für eine Daseinsvorsorge in öffentlicher Hand.

Freiheit und Sicherheit

Freiheit und Rechtsstaatlichkeit sind der Maßstab sozialdemokratischer Rechts- und Innenpolitik. Rechtsstaat bedeutet für uns die unbedingte Achtung der Menschen- und Bürgerrechte durch alle Staatsgewalten, die Gewährleistung einer unabhängigen Justiz und deren Erreichbarkeit für alle Menschen.

Freiheit und Sicherheit sind keine Gegensätze, stehen aber auch nicht notwendigerweise in einem harmonischen Verhältnis. Eine vernunftbetonte Innen- und Sicherheitspolitik muss daher beide Elemente in eine stetige Balance bringen. Dies ist auch das Ziel sozialdemokratischer Politik. Für uns gilt: Jede Freiheitsbeschränkung ist streng auf ihre Notwendigkeit und Verhältnismäßigkeit zu prüfen, jede Sicherheitsmaßnahme auf die Wahrung des Gleichgewichts von Staatsmacht und Bürger.

In Bayern ist diese Balance gekippt. Niemand kann sicher sein, dass ihm aus verdachtsunabhängigen Überprüfungen auch nur des Freundes- oder Kollegenkreises keine unangenehmen Folgen erwachsen. Einem Staat aber, der seinen Bürgern mit Misstrauen begegnet, wird auch kein Vertrauen mehr entgegengebracht. Ein solides Vertrauensverhältnis ist aber für eine echte Mitwirkung der Bürgerinnen und Bürger unverzichtbar.

In Bayern wurden die Befugnisse der Polizei, die in die Grundrechte der Bürgerinnen und Bürger eingreifen, in den letzten Jahren stetig ausgeweitet. Zu nennen sind beispielhaft: Schleierfahndung, Videoüberwachung, Autokennzeichen-Scanning. Die Überwachung von Wohnräumen und Telekommunikation erschüttert das Grundrecht auf Unverletzlichkeit der Wohnung und das Grundrecht auf Wahrung des Fernmeldegeheimnisses. Durch z.B. die Online-Durchsuchung sind auch das informationelle Selbstbestimmungsrecht und der Kernbereich der privaten Lebensgestaltung gefährdet.

Dieser Entwicklung treten wir entschieden entgegen. Die Grundrechte der Bürgerinnen und Bürger dürfen bei allem Bedürfnis nach Sicherheit nicht geschwächt, sondern müssen gestärkt werden. Unter Anerkennung der Notwendigkeit, Kriminalität in all ihren Erscheinungsformen bis hin zum international agierenden Terrorismus zu bekämpfen, treten wir daher für Vernunft, Besonnenheit, Augenmaß und Verhältnismäßigkeit ein und stellen uns dem Marsch in den Überwachungs- und Präventionsstaat entgegen.

Eine vernunftbetonte Innen- und Sicherheitspolitik muss das Recht der Bürgerinnen und Bürgern schützen, nicht ohne jeden Anlass unter Verdacht genommen zu werden. Eine solche Politik darf außerdem nicht in den Fehler verfallen, ein Mehr an Überwachung mit einem Mehr an Sicherheit gleichzusetzen. Denn die illusorische Verheißung einer vermeintlich absoluten Sicherheit ist gefährlicher Populismus. Differenzierte, problembezogene Lösungen schaffen mehr Sicherheit.

Sozialdemokratische Innen- und Sicherheitspolitik bedeutet deshalb nicht Polizei- und Überwachungsstaat, nicht Videoüberwachung, Datensammlung, totale Kontrolle, Militarisierung der Gesellschaft und Militäreinsatz im Inneren, nicht Jugendstrafcamps und Hochsicherheitsgefängnisse als Heilmittel zur scheinbaren Sicherheit. Sozialdemokratische Innen- und Sicherheitspolitik ist vielmehr Querschnittspolitik: Friedens-, Wirt-

schafts- und Arbeitsmarktpolitik, Steuerpolitik, bürgerschaftliche Politik, Zivilpolitik, vor allem auch Bildungs- und Sozialpolitik.

Wer im Leben von Kindheit an gleiche Chancen hat, in einer sozial gerechten Gesellschaft aufwächst, gut ausgebildet ist und einen Platz in Beruf und Gesellschaft findet, ist weniger anfällig für Kriminalität. Wir wollen Hilfe zur Selbsthilfe und eine Chance zum Neuanfang oder zumindest einen Schutz vor dem Abstieg. Das soziale Netz kostet Geld, aber diese Investition in menschenwürdiges Leben und sozialen Zusammenhang zahlt sich aus. Vermeidung von Kriminalität ist zwar nicht primärer Sinn und Zweck sozialer Maßnahmen, aber angenehme und wirksame Begleiterscheinung. Eine gute Sozialpolitik ist die beste Kriminalpolitik.

Versammlungsfreiheit

Das Bundesverfassungsgericht hat 1985 herausgestellt, dass das Recht des Bürgers, durch Ausübung der Versammlungsfreiheit aktiv am politischen Meinungsbildungsprozess und Willensbildungsprozess teilzunehmen, zu den unentbehrlichen Funktionselementen eines demokratischen Gemeinwesens gehört.

In einer Gesellschaft, in der direkter Zugang zu den Medien und die Chance, sich durch sie zu äußern, auf wenige beschränkt ist, verbleibt dem Einzelnen neben seiner Stimmabgabe bei Wahlen und der organisierten Mitwirkung in Parteien und Verbänden weitgehend nur eine kollektive Einflussnahme durch Inanspruchnahme der Versammlungsfreiheit.

Wir wollen die Bürgerinnen und Bürger nicht durch Schikanen und Rundum-Beobachtung davon abhalten, von dem Grundrecht auf Versammlungsfreiheit Gebrauch zu machen und kämpfen deshalb gegen das Bayerische Versammlungsgesetz der CSU-Staatsregierung, das aus der Feder von Sicherheits- und Polizeibehörden stammt und Ausdruck obrigkeitstaatlichen Denkens ist.

Unser Ziel ist es dagegen, die Versammlungsfreiheit zu respektieren, statt sie noch stärker zu reglementieren, bestehende Rechtsmittel gegen öffentliche Aufmärsche von Extremisten komplett auszuschöpfen und Extremismus zu bekämpfen, indem bürgerschaftliches Engagement gefördert und in den Schulen zu aktiver, demokratischer Partizipation erzogen wird.

Rechtsextremismus bekämpfen

Rechtsextremismus, Ausländer - und Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus sind eine Herausforderung für unsere Demokratie.

Nicht zuletzt deshalb müssen die Prävention und die Arbeit vor allem mit Jugendlichen weiterhin im Mittelpunkt der politischen Bemühungen stehen. Es geht um die Stärkung demokratischer und zivilgesellschaftlicher Kräfte. Projekte und Initiativen, die sich gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus engagieren, müssen auch in Bayern unterstützt werden.

Öffentlicher Dienst

Staat und Verwaltung sollen Demokratie und soziale Gerechtigkeit in Gesellschaft und Wirtschaft verwirklichen helfen und die dafür notwendige Offenheit der Verwaltungsabläufe garantieren.

Ein funktionierender, leistungsfähiger und effektiv arbeitender öffentlicher Dienst ist der Grundpfeiler eines erfolgreichen Staates. Er stellt einen wichtigen Standortfaktor dar und hat die Aufgabe sicherzustellen, dass die Prinzipien des Rechts-, Kultur- und Sozialstaates, der dem Gemeinwohl dient, gewahrt bleiben.

Er muss für öffentliche Infrastruktur, für Bildung, soziale Sicherung, Gleichstellung von Mann und Frau, Schutz, Sicherheit, öffentliche Ordnung und Rechtssicherheit sorgen.

Zur Sicherstellung dieser Aufgaben steht der Freistaat Bayern als größter Arbeitgeber in Bayern in der Verantwortung, ausreichendes Personal zur Verfügung zu stellen und für

den erforderlichen Nachwuchs zu sorgen. Ein Staat ohne Nachwuchs ist ein Staat ohne Zukunft.

Der öffentliche Dienst kann und muss nicht alles aus eigener Hand leisten. Privatisierung von Leistungen, die zu Lasten der Versorgung und Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger Bayerns gehen, lehnt die SPD ab.

Nach wie vor gilt:

Nur Reiche können sich einen schwachen Staat leisten. Uns geht es darum, dass die notwendigen Aufgaben möglichst effektiv und bürgernah vor Ort erledigt werden. Dafür sind Verwaltungsstrukturen klar und kommunalfreundlich und unter Beachtung des Konnexitätsprinzips zu gestalten.

Die durch die Föderalismusreform gewonnenen Kompetenzen im Bereich des öffentlichen Dienstes müssen genutzt werden, um eine auf Dauer kompetente, funktionsfähige und leistungsstarke Verwaltung zu erhalten sowie Strukturen zu schaffen, die Eigenverantwortung, Motivation und Leistungsbereitschaft bei den Beschäftigten steigern.

Grundlage dafür sind eine angemessene Bezahlung und ausreichendes Personal zur Erledigung der anstehenden Aufgaben.

Die Arbeitszeit der Beamtinnen und Beamten werden wir von derzeit 42 Stunden auf die im Tarifbereich geltende Arbeitszeit reduzieren.

Mit der SPD wird es auch für die Beschäftigten im öffentlichen Dienst in Bayern weiterhin die Möglichkeit der Altersteilzeit geben. Die Altersteilzeit ist nach wie vor ein wichtiges arbeitsmarktpolitisches Instrument, mit dem ältere Menschen früher aus dem Erwerbsleben ausscheiden können und junge Menschen eine Chance auf einen Arbeitsplatz bekommen. Die Altersteilzeit stellt ein Band der Generationen dar.

Eine bürgernahe Polizei für ein sicheres Bayern

Die BayernSPD steht für ein sicheres Bayern. Deshalb ist Bayern auf gut ausgebildete und motivierte Polizistinnen und Polizisten angewiesen. Die von der CSU durchgepeitschte Polizeireform hat bei den Beamtinnen und Beamten zu extremem Unmut geführt. Auch erschließt sich nicht der Sinn. Wir stehen nach wie vor für einen vierstufigen Verwaltungsaufbau der Polizei.

Wir setzen uns für den Erhalt der kleineren Polizeidirektionen und Polizeiinspektionen auf dem flachen Land ein. Hier führte die Beckstein-Reform zu Schließungen, die das Sicherheitsempfinden unserer Bürgerinnen und Bürger beeinträchtigen.

Zu den Opfern der Polizeireform zählen auch die Personalvertretungen. Sie müssen eine deutliche personelle Schwächung hinnehmen. Damit wird deren Handlungsfähigkeit in Frage gestellt. Auch werden unsere Polizeibeamten mit immer neuen und komplexeren Aufgaben belastet. Wir wollen eine stärkere Präsenz auf der Straße und weniger Bürokratieaufwand in den Schreibstuben.

Weiter gilt es, den Nachwuchs zu sichern. Geburtenstarke Jahrgänge gehen verstärkt in Pension, die Neueinstellungen haben sich dagegen fast halbiert. Mit einer solchen Politik wird die Innere Sicherheit in Bayern leichtfertig aufs Spiel gesetzt. Heute stellt man wenig Nachwuchs ein, um morgen eine Begründung zu haben, warum man übermorgen Polizeidienststellen nachts und später ganz schließen muss. Das wollen wir keinesfalls:

Die BayernSPD steht für eine bürgernahe Polizei.

Für demokratische und soziale Bezirke

Die BayernSPD steht zur Tätigkeit der Bezirke und ihrer Bezirkstagsmitglieder. Die Wiedererrichtung demokratischer kommunaler Bezirke nach dem 2. Weltkrieg war eine Forderung der SPD. Die SPD in Bayern spricht sich für eine demokratische und effizient organisierte öffentliche Verwaltung in der Mittelebene aus.

Die Bezirke haben eine gute Arbeit für eine moderne, humane und dezentrale psychiatrische Versorgung im Freistaat geleistet. Inhaltlicher Markstein war die Psychiatrie-enquete Anfang der 70-er Jahre. Dies gilt es zu verteidigen und auszubauen.

Die Bezirke sind in Bayern Träger der überörtlichen Sozialhilfe. Dies betrifft ca. 80 Prozent der Sozialhilfeausgaben überhaupt. In der Sache handelt es sich wesentlich um Hilfe zur Eingliederung von Menschen mit Behinderungen und um Hilfe bei Pflegebedürftigkeit in stationären Einrichtungen. Wir wollen die Hilfeleistungen in einer Hand auf der Ebene der Bezirke zusammenführen, um Verschlepparbeiten zu Lasten der Betroffenen zu verhindern. Dies betrifft nicht nur die Eingliederungshilfe, sondern auch die ambulante und stationäre Hilfe zur Pflege. Hier wissen wir uns mit den Spitzenverbänden der freien Wohlfahrtspflege einig. Das bedeutet, dass in der Fläche des Freistaats die ambulanten Angebote deutlich ausgebaut werden.

Finanzierungsprobleme in der letzten Landtagswahlperiode sind entstanden, weil sich die CSU-Staatsregierung aus dem erforderlichen Sozialhilfeleistungsausgleich gem. Art. 15 FAG deutlich herausgestohlen hat und die Kommunen in vielfältiger Weise überhaupt unzureichend finanziert. Dieses Verhalten der Staatsregierung hat letztlich zu hohen Bezirksumlagesätzen geführt.

Die BayernSPD weist Kürzungsvorschläge zurück, die Standardabsenkungen für Pflege-schlüssel oder Einrichtungen für Menschen mit Behinderungen zur Folge hätten. Wir wollen keine Hilfe nach Kassenlage. Vielmehr treten wir für Qualitätssicherung, ausreichende Personalschlüssel und gute Standards in den Einrichtungen ein.

Ebenso lehnen wir die Privatisierung der bezirklichen Einrichtungen, insbesondere der psychiatrischen Krankenhäuser, ab.

Konkrete Vorhaben:

Die Programmsätze der Bayerischen Verfassung verstehen wir als Leitlinien unserer Politik. Eine SPD-geführte Staatsregierung tritt deshalb für deren Umsetzung in konkrete Politik, z.B. entsprechend Art. 169 I BV für gesetzliche Mindestlöhne, ein.

Eine SPD-geführte Staatsregierung wird

- die demokratische Mitwirkung an Schulen und Hochschulen ausbauen und den Einfluss wirtschaftlicher Interessen auf diese Institutionen begrenzen,
- die Selbstverwaltung der Kommunen stärken,
- die Tendenz zur Privatisierung der öffentlichen Daseinsvorsorge stoppen,
- die Transparenz der öffentlichen Verwaltung durch ein Informationsfreiheitsgesetz vergrößern,
- die Bürgerinnen und Bürger zur Einmischung in den Willensbildungsprozess ermuntern und die Instrumente der unmittelbaren Demokratie in Bayern stärken und ausbauen. Die Schwellen für die Zulassung von Volks- und Bürgerbegehren müssen gesenkt werden. Auch dürfen solche Begehren nicht auf Suggestivfragen beschränkt sein, sondern müssen den Bürgerinnen und Bürgern echte Optionen bieten.
- ein neues Versammlungsgesetz vorlegen, in dessen Mittelpunkt die Gewährleistung des Grundrechts auf Versammlungsfreiheit steht,
- die Polizei modern ausstatten und dafür Sorge tragen, dass sie vor Ort präsent bleibt und Gefahren wirkungsvoll abwehren kann. Dazu gehören z. B. mehr Personal in den Inspektionen, ausreichende EDV-Ausstattung und funktionsfähige Fahrzeuge.
- bei allen Maßnahmen zur Verteidigung der inneren Sicherheit die Freiheitsrechte der Bürgerinnen und Bürger erhalten und stärken,
- Online-Durchsuchungen wieder abschaffen und die verdeckten Maßnahmen von Polizei und Verfassungsschutz auf ihre Notwendigkeit und Erforderlichkeit für die Gefahrenabwehr überprüfen. Insbesondere Maßnahmen, die in die Grundrechte vieler unbescholtener Bürgerinnen und Bürger eingreifen (z.B. Schleierfahndung), bedürfen der Rechtfertigung durch eine konkrete Gefahrenlage für hochrangige Rechtsgüter. Wir stellen keine Bürger unter Generalverdacht.
- die Unabhängigkeit der Justiz gewährleisten und durch mehr Stellen für eine zeitnahe Erledigung von Rechtsstreitigkeiten und Ahndung von Straftaten sorgen,

- die außergerichtliche Streitbeilegung ausbauen,
- das Widerspruchsverfahren wieder einführen und die Tendenzen zur Privatisierung von Aufgaben der Justiz stoppen,
- die Abschaffung des Bayerischen Obersten Landesgerichts rückgängig machen und die noch verbliebenen amtsgerichtlichen Zweigstellen erhalten,
- die personelle Ausstattung des Strafvollzugs und die Unterbringungssituation durch bauliche Maßnahmen verbessern und dem Ziel der Resozialisierung im Strafvollzug größeres Augenmerk schenken.
- Bürokratie abbauen, also die elektronische und telefonische Abwicklung von behördlichen Vorgängen erleichtern und die Zahl der Vorschriften signifikant verringern.
- die Unabhängigkeit der Justiz gewährleisten und durch die Einführung von Richtervwahlausschüssen stärken, außerdem die Wahl der berufsrichterlichen Mitglieder des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs mit Zweidrittelmehrheit des Landtags einführen,
- die Hilfe für Verbrechenopfer verbessern, z.B. durch den Ausbau von Trauma- und Opferzentren,
- präventive Maßnahmen zur Verhinderung von Kinder- und Jugenddelinquenz stärken und z.B. mehr Streetwork-Stellen finanzieren,
- die personelle Ausstattung des Strafvollzugs und die Unterbringungssituation der Gefangenen durch bauliche Maßnahmen verbessern und dem Ziel der Resozialisierung im Strafvollzug größeres Augenmerk schenken,
- den Datenschutz entscheidend aufwerten, sowohl im öffentlichen wie im privatwirtschaftlichen Bereich. Dazu gehören insbesondere stärkere Kompetenzen und Sanktionsmöglichkeiten für Datenschutz-Beauftragte.
- die Videoüberwachung außerhalb des Polizeiaufgabengesetzes stärker reglementieren.

+ + +